

# Zentrale Herausforderungen im Alltag aus Sicht von Menschen mit Schwerbehinderung

Studie zu Handlungsansätzen für mehr  
Selbstbestimmung und Teilhabe

**DAS WIR GEWINNT**

**AKTION  
MENSCH**







|  |           |
|--|-----------|
| <b>Abbildungsverzeichnis</b>   | <b>4</b>  |
| <hr/>  |           |
| <b>1. Einleitung und Schlüsselergebnisse</b>   | <b>6</b>  |
| <hr/>  |           |
| <b>2. Zielsetzung der Studie und methodische Herangehensweise</b>  | <b>8</b>  |
| 2.1 Studiendesign und Definition der Zielgruppe  | 8         |
| 2.2 Zielsetzung und zentrale Fragestellungen   | 8         |
| <hr/>  |           |
| <b>3. Demografische Merkmale der Befragten</b>   | <b>9</b>  |
| <hr/>  |           |
| <b>4. Zentrale Studienergebnisse</b>   | <b>12</b> |
| 4.1 Einschätzung Inklusion   | 12        |
| 4.2 Persönliche Herausforderungen und Forderungen von Menschen mit<br>Schwerbehinderung in verschiedenen Bereichen des alltäglichen Lebens | 14        |
| 4.2.1 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Umgang mit Ämtern und Behörden  | 17        |
| 4.2.2 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Beruf   | 23        |
| 4.2.3 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich Mobilität und Beförderung   | 28        |
| 4.2.4 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich Freizeit<br>und öffentlicher Raum   | 30        |
| 4.2.5 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich Wohnsituation   | 34        |
| 4.2.6 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich medizinische Versorgung   | 37        |
| 4.2.7 Herausforderungen und Handlungsbedarf in den Bereichen Kita, Schule,<br>Studium und Ausbildung                                       | 38        |
| 4.3 Politische Forderungen   | 38        |
| 4.3.1 Politische Forderungen im Bereich Behörden   | 38        |
| 4.3.2 Politische Forderungen im Bereich Gesetzgebung   | 40        |
| 4.3.3 Politische Forderungen im Bereich Gesellschaft   | 42        |
| 4.3.4 Politische Forderungen im Bereich Eigenverantwortung von Betroffenen   | 44        |
| <hr/>  |           |
| <b>5. Fazit und Ausblick</b>   | <b>45</b> |
| <hr/>  |           |
| <b>6. Anhang</b>   | <b>47</b> |
| 6.1 Vergleich der Rangreihenfolge nach Herausforderungen und Handlungsfeldern  | 47        |
| 6.2 Methodische Einschränkungen der Untersuchung   | 48        |
| 6.2.1 Vergleichbarkeit der Befragungswellen  | 48        |
| 6.2.2 Erreichbarkeit der Zielgruppe  | 48        |
| <hr/>  |           |
| <b>7. Literaturverzeichnis</b>   | <b>50</b> |
| <hr/>  |           |
| <b>8. Impressum</b>  | <b>52</b> |

## Abbildungsverzeichnis

|  |    |
|--|----|
| <b>Abbildung 1:</b><br>Verteilung der Befragten nach Alter   | 9  |
| <b>Abbildung 2:</b><br>Erwerbsstatus der Befragten   | 9  |
| <b>Abbildung 3:</b><br>Übersicht über die Art der Schwerbehinderung  | 11 |
| <b>Abbildung 4:</b><br>Übersicht über den Behinderungsgrad   | 11 |
| <b>Abbildung 5:</b><br>Einschätzungen zum Thema Inklusion  | 13 |
| <b>Abbildung 6:</b><br>Platzierung der Bereiche des alltäglichen Lebens 2021 und Vergleich zu 2014                                     | 15 |
| <b>Abbildung 7:</b><br>Verbesserungsbedarf im Bereich Ämter und Behörden allgemein   | 18 |
| <b>Abbildung 8:</b><br>Wunsch nach Verfügbarkeit von Informationen nach Beschäftigungsstatus   | 19 |
| <b>Abbildung 9:</b><br>Verbesserungsbedarf im Bereich Ämter und Behörden im Umgang mit Menschen mit Schwerbehinderung                  | 20 |
| <b>Abbildung 10:</b><br>Erfahrungen im mitmenschlichen Umgang in Ämtern und Behörden nach Alter  | 21 |
| <b>Abbildung 11:</b><br>Verbesserungsbedarf im Bereich Beruf allgemein   | 23 |
| <b>Abbildung 12:</b><br>Verbesserungsbedarf in Bezug auf integrative /inklusive Arbeitgeber*innen                                      | 25 |
| <b>Abbildung 13:</b><br>Handlungsbedarf im Bereich Arbeitgeber*in nach Geschlecht  | 27 |
| <b>Abbildung 14:</b><br>Verbesserungsbedarf im Bereich Mobilität und Beförderung allgemein   | 28 |
| <b>Abbildung 15:</b><br>Verbesserungsbedarf im Bereich uneingeschränkte Mobilität nach Ortsgröße                                       | 29 |
| <b>Abbildung 16:</b><br>Verbesserungsbedarf im Bereich Mobilität und Beförderung im Umgang mit Menschen mit Schwerbehinderung          | 30 |
| <b>Abbildung 17:</b><br>Verbesserungsbedarf im Bereich Freizeitgestaltung  | 31 |
| <b>Abbildung 18:</b><br>Verbesserungsbedarf in Bezug auf bauliche / räumliche Barrierefreiheit in der Freizeitgestaltung nach Sektoren | 32 |

|  |    |
|--|----|
| <b>Abbildung 19:</b><br>Zustimmung zu dringendem Verbesserungsbedarf beim Auffinden<br>von Informationen zu Ansprüchen und Rechten | 32 |
| <b>Abbildung 20:</b><br>Verbesserungsbedarf im Bereich Freizeitgestaltung im Umgang mit<br>Menschen mit Schwerbehinderung          | 33 |
| <b>Abbildung 21:</b><br>Verbesserungsbedarf im Bereich Wohnen  | 34 |
| <b>Abbildung 22:</b><br>Herausforderungen und Handlungsfelder beim Umbau von Wohnungen zu<br>barrierefreiem Wohnraum               | 35 |
| <b>Abbildung 23:</b><br>Verbesserungsbedarf im Bereich Wohnen nach Wohnform  | 36 |
| <b>Abbildung 24:</b><br>Erfahrungen mit baulicher / räumlicher Barrierefreiheit im Bereich Wohnen<br>nach Wohnform                 | 37 |
| <b>Abbildung 25:</b><br>Politische Forderungen im Bereich Behörden   | 39 |
| <b>Abbildung 26:</b><br>Politische Forderungen im Bereich Gesetzgebung   | 41 |
| <b>Abbildung 27:</b><br>Politische Forderungen zur Barrierefreiheit  | 42 |
| <b>Abbildung 28:</b><br>Politische Forderungen im Bereich Gesellschaft   | 43 |
| <b>Abbildung 29:</b><br>Politische Forderungen im Bereich Eigenverantwortung von Betroffenen                                       | 44 |
| <b>Abbildung 30:</b><br>Sortierung der einzelnen Bereiche nach Herausforderungen und Handlungsfeldern                              | 47 |

# 1. Einleitung und Schlüsselergebnisse

---

## Einleitung

**Menschen mit Schwerbehinderung** stoßen in ihrem Alltag häufig auf Barrieren, denen sich viele Bürger\*innen mangels persönlicher Erfahrung nicht bewusst sind. Diese Barrieren können in unterschiedlichen Bereichen auftreten und vom jeweiligen Lebensabschnitt der betroffenen Person abhängig sein.

Ziel dieser Studie ist es, auf diese Alltagsherausforderungen von Menschen mit Schwerbehinderung aufmerksam zu machen und die allgemeine Bevölkerung für das Thema der gleichberechtigten Teilhabe zu sensibilisieren. Bereits im Jahr 2014 wurde im Auftrag der Aktion Mensch eine Studie zum Thema Alltagsherausforderungen von Menschen mit Schwerbehinderung durchgeführt, um diese Aspekte empirisch genauer zu untersuchen und diesen, wo möglich, gezielt entgegenzuwirken. Sieben Jahre später wurde diese Studie nun wiederholt, um auf noch immer bestehende Alltagsherausforderungen aufmerksam zu machen und eine gleichberechtigte und selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung ebenso wie Inklusion im Allgemeinen voranzutreiben.

In der vorliegenden Studie werden daher drei zentrale Forschungsziele verfolgt. Zunächst wird untersucht, wie Menschen mit Behinderung den Stand der Inklusion einschätzen, wie sie inklusive Maßnahmen bewerten und wie sie die zukünftige Entwicklung der Inklusion sehen. Des Weiteren wird aufgezeigt, in welchen alltäglichen Bereichen des Lebens Menschen mit Schwerbehinderung aktuell die größten Schwierigkeiten erfahren und welche Faktoren genau diese Bereiche so problematisch machen. Schließlich wird untersucht, welche konkreten politischen Ansätze Menschen mit Schwerbehinderung für sinnvoll halten, um diese Alltagsprobleme abzubauen und eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe innerhalb einer inklusiven Gesellschaft voranzutreiben.

Mit diesen Erkenntnissen soll eine Forschungslücke im Bereich der selbst wahrgenommenen Teilhabe-Probleme im Alltag von Menschen mit Schwerbehinde-

rung geschlossen, Barrieren (gesellschaftliche, ökonomische, physische, kommunikative) benannt sowie ferner auch ein Blick auf zukünftige Handlungsfelder und konkrete politische Ansätze gerichtet werden, um damit einen interessanten Debattenbeitrag im Vorfeld der Publikation des Teilhabe-Surveys zu leisten.

## Schlüsselergebnisse

**Der vorliegende Bericht** dokumentiert die Ergebnisse einer quantitativen Befragung unter Menschen mit Schwerbehinderung zum Thema „Zentrale Alltagsherausforderungen“. Dazu wurden 1.001 in Deutschland lebende Menschen mit einem amtlich festgestellten Grad der Behinderung von mindestens 50 im Alter von 16 bis 64 Jahren befragt. Die Auswertung dieser Studie zeigt, dass die größten Herausforderungen für Menschen mit Schwerbehinderung in den letzten fünf Jahren diesen drei Themenfeldern zuzuordnen sind: Der Umgang und das Verhalten der Ämter und Behörden mit und gegenüber Menschen mit Schwerbehinderung scheint für die Befragten die größte Problematik darzustellen. An zweiter Stelle sehen die Befragten Herausforderungen im Kontext der Teilhabe am Arbeitsleben, gefolgt von den Herausforderungen bezüglich des Angebots an Fortbewegungsmitteln beziehungsweise der generellen Thematik der Mobilität.

Als themenfeldübergreifende vierte Herausforderung werden Probleme des gesellschaftlichen Miteinanders und der ungleichen Teilhabe-Gerechtigkeit benannt, die mit Forderungen nach einer gerechten Gesellschaft und einem wertschätzenden Miteinander verbunden sind.

### **1) Im Umgang mit Ämtern und Behörden gibt es die meisten Herausforderungen**

Durch alle Lebensbereiche zieht sich die Forderung nach mehr und besser verfügbaren Informationen zu eigenen Rechten und Ansprüchen. Viele Menschen mit Behinderung haben Schwierigkeiten, an Informationen über Leistungen und Fördermöglichkeiten, die ihnen zustehen, zu gelangen und sie einzufordern.

Die Befragten benennen insbesondere eine defizitäre Aufklärung über ihre eigenen Rechte bei Behörden. Zudem haben die Befragten Schwierigkeiten mit den „klassischen“ Hürden, wie unübersichtliche Formulare und komplizierte bürokratische Verfahren, die sie nahezu alltäglich überwinden müssen.

Die Informationspflicht wird in erster Linie beim Staat gesehen: Die Befragten fordern, dass fachkundiges Personal (zum Beispiel in Behörden und Ämtern) proaktiv und kompetent über Ansprüche aufklärt und berät. Dass sich diese Forderung durch beinahe alle Bereiche zieht, verdeutlicht, dass fehlende Informationen ein generelles Problem darstellen, mit dem Menschen mit Behinderung im Alltag zu kämpfen haben.

## **2) Teilhabe-Chancen am allgemeinen Arbeitsmarkt bleiben oftmals verwehrt**

Ein Anliegen vieler der befragten Personen ist die Notwendigkeit eines besseren Verständnisses im Umgang mit ihrer Schwerbehinderung. So wünschen sich die Befragten zum einen ein generell besseres Verständnis für die Beeinträchtigungen und zum anderen, dass ihnen trotz ihrer Schwerbehinderung eine angemessene Leistungsfähigkeit zugetraut sowie zugesprochen wird.

Vielen Befragten mangelt es generell an der nötigen Ausstattung, wie technischen Hilfsmitteln, die ihnen den Alltag erleichtern könnten.

Diese Problematik wird beginnend im Kindesalter, wie im Kontext Schule, über den gesamten Bildungsweg hinweg sowie insbesondere für die Teilhabe am Berufsleben beziehungsweise am allgemeinen Arbeitsmarkt geschildert. Die Befragten sehen eine verbesserte technische Ausstattung als sehr wichtig an, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Zusätzlich fordert die Mehrheit der Befragten, nicht nur staatliche Einrichtungen, sondern auch privatwirtschaftliche Unternehmen zu einer umfassenden Barrierefreiheit zu verpflichten.

## **3) Mobilität, und vor allem spontane Mobilität, ist eingeschränkt – Barrieren im Alltag sind nach wie vor präsent**

Sich uneingeschränkt, selbstbestimmt und spontan von A nach B bewegen zu können, wird unter Menschen ohne Behinderung als Selbstverständlichkeit angesehen, ist jedoch Menschen mit Behinderung

häufig verwehrt. Oft scheitert es auch unterwegs an der mangelnden Barrierefreiheit. Bürokratische Prozesse, fehlende staatliche Kostenübernahmen und mangelnde Informationen bereiten Menschen mit Behinderung zudem Schwierigkeiten. Eine deutliche Mehrheit der Befragten verlangt eine barrierefreie Bahn, die spontane Zugreisen ohne Voranmeldung ermöglicht.

Eine der sichtbarsten Herausforderungen für Menschen mit Behinderung ist und bleibt die fehlende räumliche beziehungsweise bauliche Barrierefreiheit. Diese buchstäbliche Barriere schränkt nicht nur im öffentlichen Raum und im Berufsleben ein. Auch an Orten wie in Wohnheimen für Menschen mit Behinderung ist mangelnde Barrierefreiheit eine Hürde, mit der viele Befragte bereits persönliche Erfahrungen gemacht haben – obwohl man das besonders an diesen Orten, die für Menschen mit Behinderung speziell ausgerichtet sind, nicht erwarten würde.

## **4) Forderung nach einer gerechten Gesellschaft und einem wertschätzenden Miteinander**

Wenn Menschen aufgrund einer Behinderung benachteiligt sind, liegt es in einer gerechten Gesellschaft nicht am Individuum, sondern an der Allgemeinheit, diese Benachteiligung auszugleichen und eine gerechte Teilhabe zu ermöglichen. Konsequenterweise sehen die meisten Befragten die Kostenverantwortung für die Herstellung einer gleichberechtigten Teilhabe beim Staat.

Die Herausforderungen, denen Menschen mit Behinderung im Alltag begegnen, sind jedoch nicht nur auf strukturelle Prozesse zurückzuführen. Häufig werden Probleme im gesellschaftlichen Miteinander und auf zwischenmenschlicher Ebene gesehen. So nennen die Befragten über die verschiedensten Bereiche des alltäglichen Lebens hinweg den Wunsch nach einem besseren Verständnis für die jeweiligen Beeinträchtigungen. Darüber hinaus haben viele der Befragten bereits in unterschiedlichen Situationen ausgrenzende Erfahrungen gemacht und sehen hier die Gesellschaft im Allgemein in der Verantwortung.

# 2. Zielsetzung der Studie und methodische Herangehensweise

---

## 2.1 Studiendesign und Definition der Zielgruppe

Um die grundlegenden Fragestellungen zu erforschen, wurden im Rahmen einer quantitativen Online-Befragung 1.001 Befragte mit Schwerbehinderung im Alter von 16 bis 64 Jahren interviewt.

Bei der Umfrage haben ausschließlich Menschen mit einem amtlich festgestellten Grad der Behinderung von mindestens 50 teilgenommen. Diese Definition der Befragungsgruppe ermöglichte es, auf die offiziellen Statistiken<sup>1</sup> zu in Deutschland lebenden Menschen mit Schwerbehinderung zuzugreifen und die Befragten anhand der Merkmale Alter, Geschlecht und Region entsprechend ihrer Verteilung innerhalb

der Gesamtbevölkerung repräsentativ auszuwählen. Durch eine Gewichtung wurden leichte Abweichungen in der Struktur der ungewichteten Stichprobe an die amtlichen Daten angepasst. Eine detaillierte Übersicht über die demografischen Merkmale der Befragten kann Kapitel 3 entnommen werden.

Die Feldzeit ging vom 15. Februar bis zum 01. März 2021 und die durchschnittliche Länge der Online-Interviews betrug 19 Minuten. Die Fragen zu den Themen Inklusion, Herausforderungen und Handlungsfelder im Alltag wurden dabei von der Vorgängerstudie aus dem Jahr 2014 beibehalten, um einen zeitlichen Vergleich zu ermöglichen. Die aus Sicht der Betroffenen zentralen Herausforderungen wurden im Vorfeld der damaligen Befragung explorativ ermittelt.

## 2.2 Zielsetzung und zentrale Fragestellungen

Ziel dieser Studie ist es, die Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe erfahren, voranzutreiben. Dazu soll auf die Alltags Herausforderungen, denen Menschen mit Behinderung ausgesetzt sind, aufmerksam gemacht und der Abbau dieser Hürden gefördert werden. Daraus ergeben sich folgende zentrale Fragestellungen:

- In welchen Bereichen des Lebens sind Menschen mit Schwerbehinderung in den letzten fünf Jahren immensen Problemen oder Schwierigkeiten begegnet?
- Welche genauen Faktoren bereiten Menschen mit Behinderung in diesen Bereichen die größten Probleme?

- Welche Bereiche des Lebens sind den Befragten am wichtigsten beziehungsweise wo sehen sie den größten Handlungsbedarf, wenn es darum geht, Inklusion in unserer Gesellschaft in den nächsten fünf Jahren voranzutreiben?
- Welche Faktoren innerhalb der einzelnen Bereiche sind aus Sicht der Menschen mit Schwerbehinderung künftig für ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung am wichtigsten?
- Welche konkreten politischen Ansätze und Lösungen werden von Menschen mit Behinderung gefordert, um auch auf politischer Ebene die gleichberechtigte Teilhabe aller wie auch Inklusion im Allgemeinen voranzutreiben?

---

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021): Schwerbehinderte Menschen in Deutschland am 31.12.2019 nach Ländern, Altersgruppen und Grad der Behinderung.



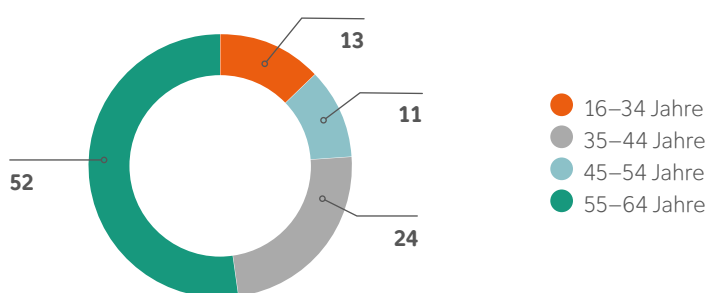
# 3. Demografische Merkmale der Befragten

**Die demografischen Merkmale** der Studienteilnehmer\*innen verteilen sich wie folgt: Insgesamt 13 Prozent sind der jüngsten Altersgruppe von 16 bis 34 Jahren zuzuordnen, 35 Prozent der mittleren Altersgruppe von 35 bis 54 Jahren und 52 Prozent der ältesten Gruppe zwischen 55 und 64 Jahren (Abbildung 1). Das entspricht der Altersverteilung unter Menschen mit Schwerbehinderung in Deutschland.<sup>2</sup> Rund die Hälfte der Befragten ordnet sich jeweils dem weib-

lichen Geschlecht zu, die andere Hälfte dem männlichen. Außerdem wurden Befragte unter Berücksichtigung der regionalen Verteilung ausgewählt.

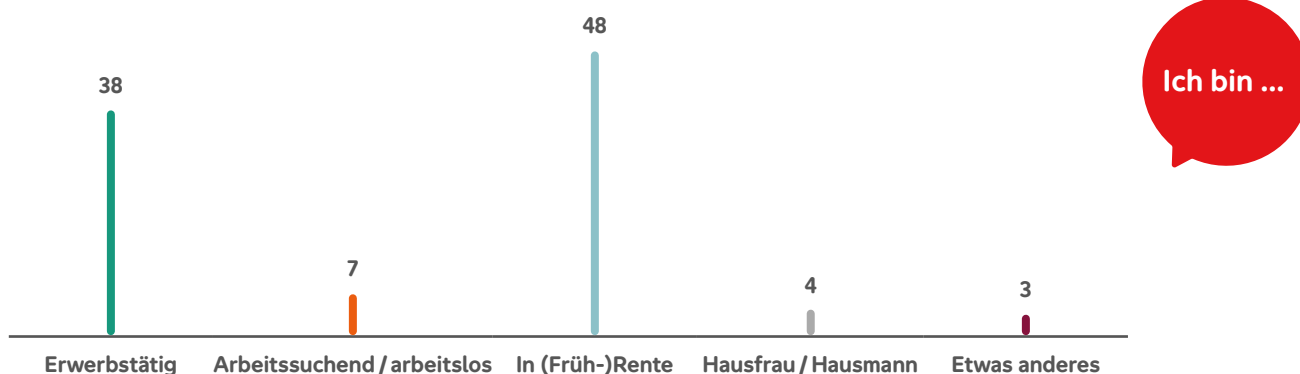
38 Prozent der Befragten sind derzeit erwerbstätig, sieben Prozent sind arbeitssuchend beziehungsweise arbeitslos. 48 Prozent sind in (Früh-)Rente, vier Prozent sind Hausfrau beziehungsweise Hausmann (Abbildung 2).

**Abbildung 1: Verteilung der Befragten nach Alter**



Darstellung in Prozent | Basis: Alle Befragten (n=1.001)

**Abbildung 2: Erwerbsstatus der Befragten**



Darstellung in Prozent | Basis: Alle Befragten (n=1.001)

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021): Schwerbehinderte Menschen in Deutschland nach Geschlecht und Altersgruppen.

## Unterschiedliche Formen der Behinderung unter den Befragten

Unter den Befragten ist mit einem Anteil von 65 Prozent der Betroffenen eine Bewegungs- beziehungsweise Mobilitätsbeeinträchtigung die häufigste Art der Behinderung. Auch psychische Beeinträchtigungen sind mit 43 Prozent Betroffenen häufig. Jede\*r Vierte gibt an, eine sonstige physische Beeinträchtigung zu haben, und 21 Prozent haben eine Sehbeeinträchtigung (Abbildung 3).

Unter den 1.001 Studienteilnehmer\*innen haben 50 Prozent der Befragten nur eine Art der Behinderung. 28 Prozent geben an, zwei Arten von Behinderungen zu haben. Die restlichen 22 Prozent haben drei oder mehr Arten von Behinderungen.

Fast zwei Drittel der Befragten (62%) haben einen Grad der Behinderung zwischen 50 und 69. Bei 38 Prozent der Befragten liegt der Grad zwischen 70 und 100 (Abbildung 4).

## Zusammensetzung nach Art und Grad der Behinderung

Da manche Menschen aufgrund der Art und des Grades ihrer Behinderung schwerer für eine Umfrage zu erreichen sind als andere, wurde bei der Stichprobenziehung für diese Befragung nach Art und Grad der Behinderung weder quotiert noch eine gleichmäßige Verteilung nach diesen beiden Faktoren angestrebt. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist die Verteilung der Art und des Grades der Behinderung zu beachten, da die Erfahrungen und Meinungen mehrheitlich von Menschen mit körperlicher Schwerbehinderung mit einem Grad der Behinderung unter 80 stammen.

### Abbildung 3: Übersicht über die Art der Schwerbehinderung

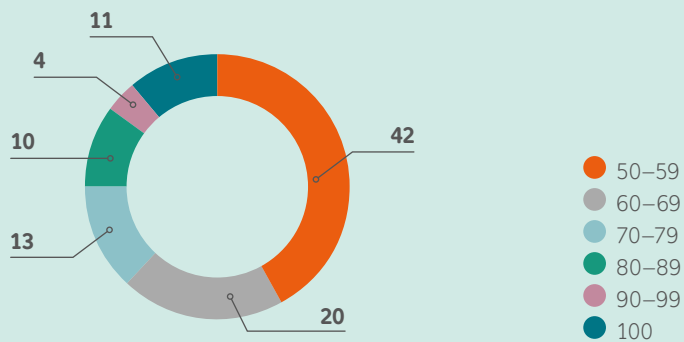
Frage: Worauf beruht Ihre Schwerbehinderung hauptsächlich?



Darstellung in Prozent, Mehrfachantworten möglich | Basis: Alle Befragten (n=1.001)

### Abbildung 4: Übersicht über den Behinderungsgrad

Grad der Schwerbehinderung



Darstellung in Prozent | Basis: Alle Befragten (n=1.001)

# 4. Zentrale Studienergebnisse

---

**Im folgenden Kapitel** werden die Ergebnisse der Befragung 2021 vorgestellt. Dazu wird zunächst das Thema Inklusion anhand der Einschätzungen und Erfahrungen der Befragten beleuchtet. Anschließend wird dargestellt, welche Bereiche Menschen mit Schwerbehinderung aktuell die größten Schwierigkeiten bereiten und ob es hierbei Veränderungen im

Vergleich zur Lebenssituation im Jahr 2014 gibt. Dabei wird im Detail aufgezeigt, welche Faktoren die Bereiche so herausfordernd machen und welche Veränderungen sich die Befragten wünschen. Abschließend werden die Einschätzungen der Befragten zu konkreten Lösungsansätzen zum Erreichen einer inklusiven Gesellschaft vorgestellt.

## 4.1 Einschätzung Inklusion

Inklusion umfasst die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe jedes Menschen an gesellschaftlichen Prozessen – und zwar unabhängig von individuellen Fähigkeiten und Voraussetzungen. Der Prozess hin zu einer inklusiven Gesellschaft erfordert die aktive Auseinandersetzung mit bestehenden Hürden sowie entschiedene Maßnahmen zum Abbau dieser. Im Rahmen dieser Studie wurden die Befragten gebeten, ihre Einschätzung zum Stand der Inklusion, zu inklusiven Maßnahmen und ihrem Ausblick auf die Entwicklung der Inklusion anzugeben.

Die Befragten messen Kitas und Schulen eine hohe Relevanz für die Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft bei: Fast neun von zehn Befragten (88%) meinen, dass in Kitas und Grundschulen der Grundstein für eine inklusive Gesellschaft gelegt werden kann. Wenn Kinder von klein auf Kinder mit und ohne Behinderung kennenlernen, beugt dies der Entwicklung von Unsicherheiten oder Berührungsängsten vor (Abbildung 5).

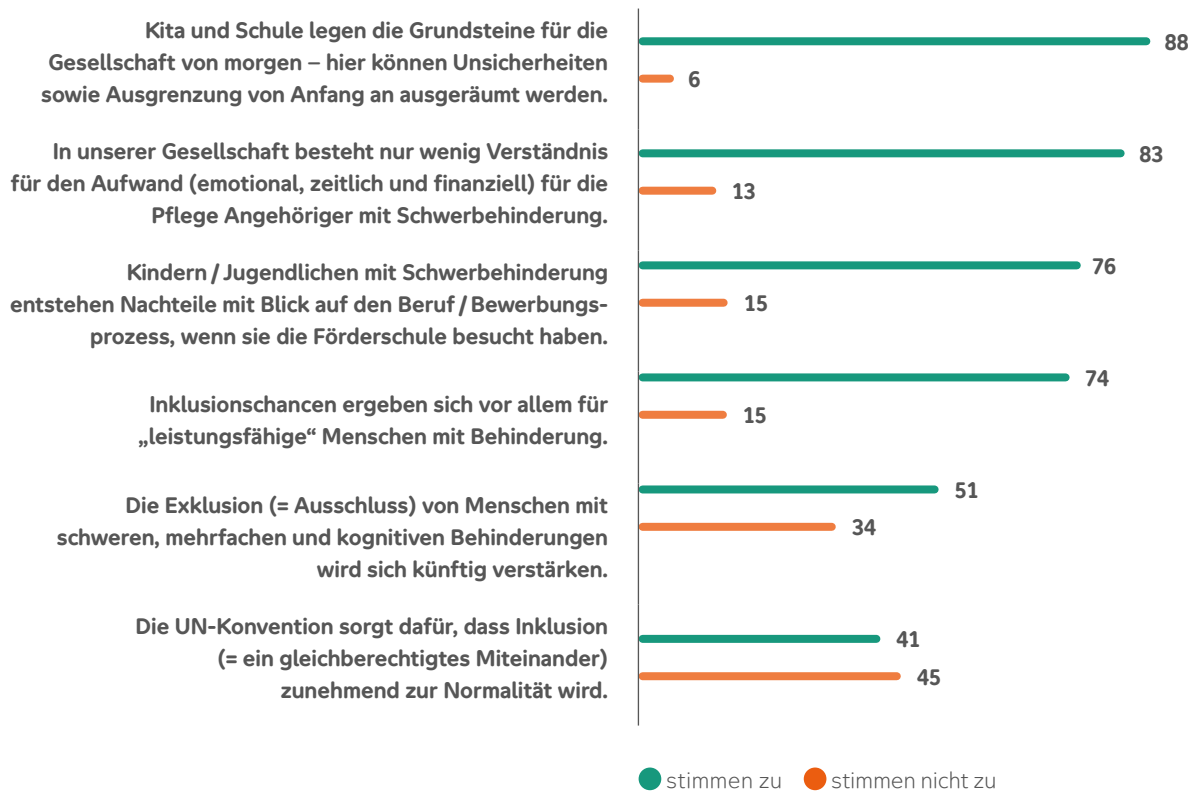
Eine inklusive Gesellschaft bedeutet allerdings auch, dass anerkannt und verstanden wird, welchen Belastungen nicht nur Menschen mit Schwerbehinderung, sondern auch pflegende Angehörige oft ausgesetzt sind, sodass entsprechend unterstützt werden kann – auf emotionaler und finanzieller Ebene. 83 Prozent der Befragten bemängeln, dass es zu diesem Punkt zu wenig Verständnis in der Gesellschaft gibt. Weibliche Befragte sehen hier mit 86 Prozent im Vergleich zu 80 Prozent der männlichen Befragten besonders häufig Verbesserungsbedarf.

Auch der Stellenwert von Leistung in unserer Gesellschaft macht vielen Befragten im Hinblick auf ihre eigene Schwerbehinderung oder die Schwerbehinderung anderer Sorgen. 76 Prozent meinen, dass Menschen, die eine Förderschule besucht haben, Nachteile bei der Bewerbung entstehen. Auch bemängeln 74 Prozent, dass in der Gesellschaft nur auf „leistungsfähige“ Menschen mit Behinderung Rücksicht genommen wird. Personen, die diese gesellschaftlich anerkannten Leistungen nicht erbringen können, wird die gesellschaftliche Teilhabe verwehrt. Dies betrifft natürlich besonders Menschen mit schweren, mehrfachen und / oder kognitiven Behinderungen. Rund jede\*r Zweite (51%) befürchtet, dass sich die Exklusion dieser Personengruppe in Zukunft sogar noch verstärken wird.

Dass die von den UN-Mitgliedstaaten 2008 unterzeichnete Behindertenrechtskonvention dafür sorgen wird, dass Inklusion in unserer Gesellschaft zunehmend zur Normalität wird, meinen gut vier von zehn Befragten (41%) – 45 Prozent sehen dem allerdings pessimistisch entgegen. Befragte mit einer kognitiven Beeinträchtigung sind hier optimistischer gestimmt: 58 Prozent bauen auf positive Entwicklungen durch die Behindertenrechtskonvention. Bei allen Aussagen sind die Unterschiede zu 2014 minimal.

## Abbildung 5: Einschätzungen zum Thema Inklusion

Frage: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zum Thema Schwerbehinderung und Inklusion zu?



Darstellung in Prozent | Basis: Alle Befragten (n=1.001)

## 4.2 Persönliche Herausforderungen und Forderungen von Menschen mit Schwerbehinderung in verschiedenen Bereichen des alltäglichen Lebens

Ein zentrales Ziel der Befragung ist es herauszufinden, welche Bereiche Menschen mit Schwerbehinderung die größten Schwierigkeiten bereiten, worin diese Schwierigkeiten bestehen und was sich ändern muss, damit Menschen mit einer Schwerbehinderung selbstbestimmt leben können. Dazu wurden die Befragten zunächst gebeten, verschiedene Bereiche des Lebens danach anzuordnen, inwiefern sie mit diesen in den letzten fünf Jahren die größten Schwierigkeiten beziehungsweise Herausforderungen in Bezug auf ihre Schwerbehinderung erfahren haben. Im Anschluss wurden den Befragten erneut die gleichen Bereiche vorgestellt, diesmal jedoch mit der Fragestellung, wo sie in den kommenden fünf Jahren den größten Handlungsbedarf sehen, um das Thema Inklusion voranzutreiben. Da sich die Ergebnisse im Hinblick auf die Erfahrungen der letzten fünf Jahre den Handlungsforderungen in Bezug auf die kommenden fünf Jahre ähneln, wird im Folgenden der Analyseschwerpunkt auf die erlebten Herausforderungen gelegt – auf Handlungsforderungen wird nur eingegangen, wenn diese in ihrer Bewertung von den erlebten Herausforderungen abweichen.<sup>3</sup>

### **Mit Ämtern und Behörden haben Menschen mit Schwerbehinderung im Alltag nach wie vor die größten Schwierigkeiten**

Der Umgang mit Ämtern und Behörden bereitet den Befragten rückblickend auf die vergangenen fünf Jahre die größten Schwierigkeiten im Alltag. Doch auch die Bereiche Beruf, Mobilität und Freizeitgestaltung stellen die Befragten fast ebenso häufig vor Herausforderungen – und die Bereiche öffentliche Einrichtungen, Wohnsituation und medizinische Versorgung wurden ebenfalls nur geringfügig seltener als problematisch eingestuft (Abbildung 6). Die herausfordernden Erfahrungen der Befragten innerhalb der letzten fünf Jahre verteilen sich also auf verschiedene Bereiche des alltäglichen Lebens. Nur die Bereiche Studium / Ausbildung, Schule und Kita sind vergleichsweise seltener als problematisch aufgeführt – dabei ist allerdings zu beachten, dass nur knapp jede\*r vierte Befragte unter 44 Jahren ist und die Mehrheit der Befragten altersbedingt mit diesen Bereichen somit eher weniger zu tun hat.

### **Exkurs: Wiederbefragung**

Im Jahr 2014 wurde im Auftrag der Aktion Mensch bereits eine Studie zum Thema Alltags-herausforderungen von Menschen mit Schwerbehinderung durchgeführt. Die vorliegende Studie knüpft an diese Studie an, indem sie die Fragen zu den Themenblöcken Inklusion sowie Herausforderungen und Handlungsbedarf übernimmt.

Beim Vergleich der Ergebnisse ist zu beachten, dass in 2014 nicht abgefragt wurde, ob die vorliegende Behinderung amtlich attestiert ist. Auch der Grad der Behinderung wurde nicht erfasst. In 2014 wurden außerdem neben den Betroffenen selbst auch nahestehende Angehörige von Menschen mit Behinderung befragt.

<sup>3</sup> Ein Vergleich der Rangreihenfolgen der Bereiche nach Herausforderungen und Handlungsfeldern ist im Anhang unter Punkt 6.1 zu finden.

## Abbildung 6: Platzierung der Bereiche des alltäglichen Lebens 2021 und Vergleich zu 2014

Frage: In welchen Bereichen des Lebens haben Sie persönlich in den letzten fünf Jahren die größten Schwierigkeiten / Herausforderungen in Bezug auf das Thema Schwerbehinderung erfahren? Bitte bringen Sie die Bereiche in eine Rangfolge.

| Rang |   | Veränderung zu 2014 |
|------|---|---------------------|
| 1    |  <b>Ämter und Behörden</b><br>(zum Beispiel Integrationsamt, Sozialamt, Versorgungsamt und weitere)    | =                   |
| 2    |  <b>Beruf</b>  | =                   |
| 3    |  <b>Beförderung / Mobilität / Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel</b>                                  | =                   |
| 4    |  <b>Freizeitgestaltung</b><br>(Freizeit- und Sporteinrichtungen, kulturelle Einrichtungen und weitere) | =                   |
| 5    |  <b>Öffentliche Einrichtungen</b><br>(zum Beispiel Einkaufsstätten, öffentliche Toiletten und weitere) | =                   |
| 6    |  <b>Wohnsituation</b>  | +1                  |
| 7    |  <b>Krankenhäuser / medizinische Versorgung / Krankenkassen</b>                                      | -1                  |
| 8    |  <b>Studium / Ausbildung</b>   | =                   |
| 9    |  <b>Schule</b>   | =                   |
| 10   |  <b>Kita</b>   | =                   |

Basis: Alle Befragten, die selbst eine Schwerbehinderung haben (2014: n=763; 2021: n=1.001)

Die Veränderungen der Platzierung im Vergleich zu 2014 ergeben sich aus der Häufigkeit der Auswahl der Lebensbereiche.

## Methodenbox:

### Fragebogenaufbau und Darstellung der Rangordnung

Die Befragten wurden gebeten, die unterschiedlichen Bereiche des alltäglichen Lebens auf einer Rangliste von 1 bis 10 anzuordnen. Rang 1 spiegelte dabei den Bereich wider, in dem innerhalb der vergangenen fünf Jahre die größten Schwierigkeiten in Bezug auf die eigene Schwerbehinderung erlebt wurden. Rang 10 entsprach dementsprechend dem Bereich, in dem die wenigsten Schwierigkeiten auftauchten. Um ein differenzierteres Bild über die Faktoren

zu erhalten, die innerhalb der einzelnen Bereiche Schwierigkeiten darstellten, wurden die Befragten in einem nächsten Schritt zu den vier Bereichen, die ihnen am meisten Probleme bereitet hatten, tiefergehend befragt.

Abbildung 6 zeigt die gemittelten Rangwerte der einzelnen Bereiche und weist Veränderungen in der Rangfolge im Vergleich zu den Befragungsergebnissen von 2014 aus.<sup>4</sup>

Im Vergleich zu den Befragungsdaten aus dem Jahr 2014 zeigen sich hinsichtlich der Rangfolge der Bereiche kaum Unterschiede. Der Umgang mit Ämtern und Behörden war schon 2014 der Bereich, der am meisten Probleme bereitet hat. Auch die Bereiche Beruf, Mobilität und Freizeitgestaltung schlossen sich in gleicher Reihenfolge an. Nur der Bereich Wohnsituation ist 2021 einen Rang höher gerückt – eine Entwicklung, die in Anbetracht der sich verschärfenden Wohnungsproble-

matik nicht überraschend ist. Stattdessen wurde der Bereich medizinische Versorgung etwas seltener als hoch problematisch eingestuft (Abbildung 6).

Im Folgenden wird für die einzelnen Bereiche dargestellt, welche Faktoren genau den Befragten jeweils Schwierigkeiten bereiten. Hierbei wird der Fokus auf den Bereichen liegen, die für die Befragten am problematischsten sind.

---

<sup>4</sup> Zur besseren Vergleichbarkeit wurden aus der Studie von 2014 nur die Rangordnungsergebnisse jener Befragten herangezogen, die selbst eine Behinderung haben. Angaben von Befragten, die nur Angehörige von Menschen mit Behinderung sind, wurden außen vor gelassen.



## 4.2.1 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Umgang mit Ämtern und Behörden

### **In Behörden ist Aufklärung über die Ansprüche von Menschen mit Schwerbehinderung notwendig**

Um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, sind Menschen mit Behinderung häufig auf Unterstützungsleistungen angewiesen, die sie bei Behörden beantragen müssen. Deutschland hat sich mit der UN-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderung die individuell notwendige Unterstützung bereitgestellt wird.<sup>5</sup> Doch wie bereits eine Befragung unter Menschen mit Behinderung im Auftrag von Bündnis 90 / Die Grünen<sup>6</sup> im Jahr 2019 gezeigt hat, ist das Beantragen von Unterstützungsleistungen nicht selten mit Problemen verbunden. Oft mangelt es an kompetenter Beratung seitens der Sachbearbeiter\*innen, und die Antragsteller\*innen fühlen sich mit dem Ausfüllen der notwendigen Formulare überfordert.

Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage bestätigen diese Erkenntnisse. Unter den Befragten, die Ämter und Behörden unter die vier Bereiche gewählt haben, die für sie in den vergangenen fünf Jahren am herausforderndsten waren, ist fehlende Aufklärung zu Ansprüchen und Rechten von Menschen mit Schwerbehinderung dabei das größte Problem – 58 Prozent sehen hier Verbesserungsbedarf. Fast ebenso viele (56 %) wünschen sich ein besseres Verständnis für den finanziellen Aufwand, den Menschen mit Schwer-

behinderung und ihre Angehörigen stemmen müssen. Doch auch „klassische“ Probleme mit Ämtern und Behörden wirken sich bei Menschen mit Schwerbehinderung, die besonders häufig auf den Umgang mit Ämtern angewiesen sind, sehr stark aus: 56 Prozent haben mit dem Umfang und bürokratischen Aufwand auszufüllender Anträge zu kämpfen; gut jede\*r Zweite (51 %) sieht bei der Bearbeitungsdauer der Anträge Verbesserungsbedarf (Abbildung 7).

Besonders hervorzuheben ist, dass unter den Befragten knapp jede\*r Zweite (47 %) Schwierigkeiten bei der offiziellen Anerkennung der Schwerbehinderung seitens der öffentlichen Hand hatte. In Anbetracht der Tatsache, dass an der vorliegenden Studie ausschließlich Menschen mit einer amtlich attestierten Schwerbehinderung teilgenommen haben, lässt sich aus diesen Zahlen schließen, dass es aktuell viele Menschen mit einer Schwerbehinderung gibt, denen diese aber nicht anerkannt wird und die dementsprechend auch keine ihnen zustehende Leistungen in Anspruch nehmen können.

Auffällig ist zudem, dass sich gerade Menschen, die nicht berufstätig und dementsprechend eher auf Unterstützungsleistungen angewiesen sind, besonders häufig eine bessere Verfügbarkeit von Informationen über Ansprüche und Rechte von Menschen mit Schwerbehinderung wünschen: 57 Prozent der nicht Berufstätigen fordern besser zugängliche Informationen, während nur 38 Prozent der berufstätigen Befragten hier Bedarf haben (Abbildung 8).

<sup>5</sup> Deutsches Institut für Menschenrechte (2020): Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung. Allgemeine Bemerkung Nr. 6 des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

<sup>6</sup> Bündnis 90 / Die Grünen (Mai 2019): Grüne Politik für die Teilhabe aller Menschen.

## Abbildung 7: Verbesserungsbedarf im Bereich Ämter und Behörden allgemein

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?

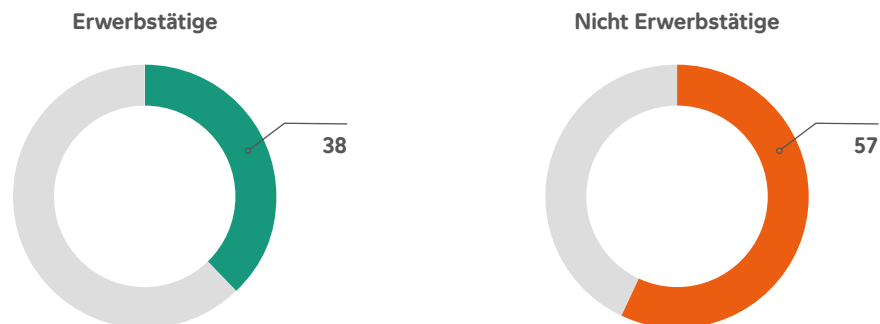


Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Ämter und Behörden“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=613)

Die Veränderungen der Platzierung im Vergleich zu 2014 ergeben sich aus der Häufigkeit der Auswahl der Aussagen. Nur Veränderungen von mindestens 2 Plätzen (+2/-2) sind ausgewiesen.

## Abbildung 8: Wunsch nach Verfügbarkeit von Informationen nach Beschäftigungsstatus

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Ämter und Behörden“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=613)

### In Ämtern und Behörden ist ein verbessertes Verständnis für Schwerbehinderungen notwendig

Nicht nur auf struktureller Ebene, sondern auch auf menschlicher Ebene machen Menschen mit Behinderung häufig schlechte Erfahrungen in Ämtern und Behörden. Dabei ist ein besseres Verständnis für Beeinträchtigung durch eine Schwerbehinderung der Punkt, bei dem die Befragten in Bezug auf den menschlichen Umgang den größten Verbesserungsbedarf sehen (59%). Doch auch im generellen Umgang mit körperlichen Behinderungen (44%) und psychischen Behinderungen (41%) muss sich laut den Befragten basierend auf ihren Erfahrungen in den letzten fünf Jahren etwas tun (Abbildung 9).

Jede\*r dritte Befragte (34%) sieht sogar ein Problem in ausgrenzendem Verhalten gegenüber Menschen mit Schwerbehinderung in Ämtern und Behörden. Statt solch eines Verhaltens wünscht sich rund jede\*r

Dritte mehr Eigeninitiative von Mitarbeiter\*innen beim Bereitstellen von Informationen über Ansprüche und Rechte (35%) und würde eine (verbesserte) persönliche Betreuung durch die Mitarbeiter\*innen begrüßen (29%).

Das Verständnis für die Beeinträchtigung durch eine Schwerbehinderung (58%) sowie der generelle Umgang mit körperlichen (47%) und psychischen Behinderungen (43%) sind auch die Bereiche, für die die Befragten in den nächsten fünf Jahren den größten Handlungsbedarf sehen, um das Thema Inklusion voranzutreiben. Während jedoch nur gut jede\*r Vierte (26%; Abbildung 9) die Umsetzung des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung auf die vergangenen fünf Jahre rückblickend als verbesserungsbedürftig einschätzt, sind es im Hinblick auf das Vorantreiben des Themas Inklusion in den kommenden fünf Jahren rund jede\*r Dritte (35%).

## Abbildung 9: Verbesserungsbedarf im Bereich Ämter und Behörden im Umgang mit Menschen mit Schwerbehinderung

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Ämter und Behörden“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=613)  
 Die Veränderungen der Platzierung im Vergleich zu 2014 ergeben sich aus der Häufigkeit der Auswahl der Aussagen. Nur Veränderungen von mindestens 2 Plätzen (+2 / -2) sind ausgewiesen.

### Jüngeren Befragten ist besonders das Verhalten ihrer Mitmenschen ihnen gegenüber wichtig

Während ältere Befragte häufiger strukturelle Verbesserungen fordern, wie zum Beispiel besser verfügbare Informationen oder Verbesserungen hinsichtlich der Anerkennung des finanziellen Mehraufwandes für Menschen mit Behinderung, sehen jüngere Befragte besonders oft Verbesserungspotenzial im Verhalten ihrer Mitmenschen. Unter den 16- bis 34-Jährigen hat gut die Hälfte der Befragten (52%) ausgrenzendes Verhalten gegenüber Menschen mit Schwerbehinderung in Ämtern und Behörden erfahren. Befragte aus älteren Altersgruppen geben das signifikant seltener an. Außerdem berichten jüngere Befragte häufiger von negativen Erfahrungen mit der Fokussierung auf die Schwerbehinderung und der Vernachlässigung des „Menschen“ dahinter (Abbildung 10).

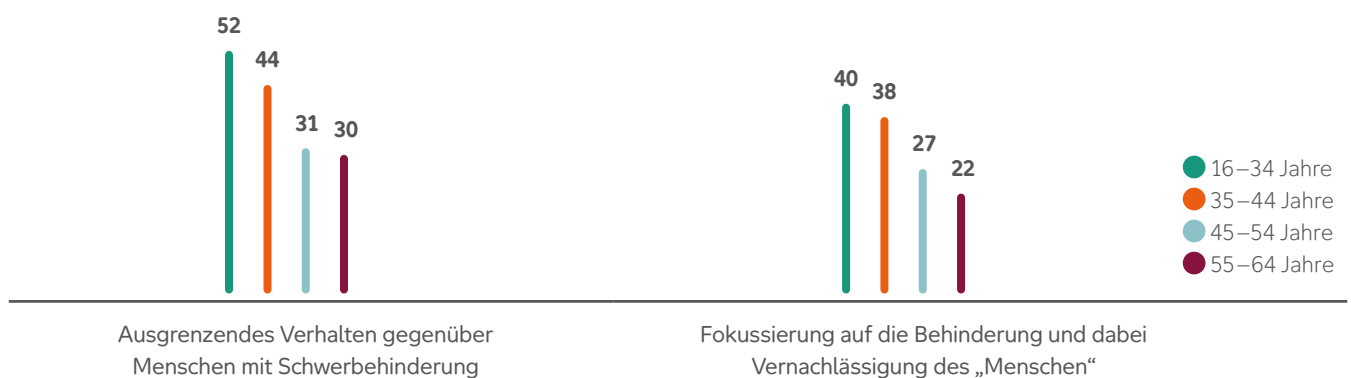
Insgesamt zeigen die Befragungsergebnisse also, dass das Thema Ämter und Behörden weiterhin von enormer Wichtigkeit für Menschen mit Behinderung ist. Um selbstbestimmt leben zu können, sind viele von ihnen auf Unterstützungsleistungen angewiesen,

jedoch hakt es häufig bei der Beratung und Beantragung dieser. Auf struktureller Ebene bemängeln die Befragten nicht nur den bürokratischen Aufwand und lange Bearbeitungszeiten, sondern vor allem die fehlende Verfügbarkeit von Informationen zu ihren Rechten und Ansprüchen. Damit einhergehend werden auf menschlicher Ebene mangelndes Verständnis für die Beeinträchtigungen durch eine Behinderung sowie fehlende Eigeninitiative der zuständigen Mitarbeiter\*innen beklagt.

Dabei ist der deutsche Staat durch die UN-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, angemessene Vorkehrungen zu treffen, um die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Schwerbehinderung zu gewährleisten, was zum Beispiel die Bereitstellung von individuell notwendigen Informationen betrifft (siehe Exkurs). Die Befragungsergebnisse legen nahe, dass es in Ämtern und Behörden häufig an Bewusstsein und Fachkenntnis sowie an entsprechenden personellen und sachlichen Ressourcen mangelt, um dieser Verpflichtung nachkommen zu können.

### Abbildung 10: Erfahrungen im mitmenschlichen Umgang in Ämtern und Behörden nach Alter

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Ämter und Behörden“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=613)

## Exkurs: Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung – das Konzept der angemessenen Vorkehrungen

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet sich Deutschland, gleichen und wirksamen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung zu garantieren. Alle staatlichen Einheiten auf allen Ebenen müssen geeignete Schritte unternehmen, um angemessene Vorkehrungen zu gewährleisten, mit dem Ziel, Gleichberechtigung zu fördern und Diskriminierung zu beseitigen.

Angemessene Vorkehrungen sind spezifische personenbezogene Unterstützungsmaßnahmen, um Barrieren überwinden und an der Gesellschaft teilhaben zu können. Zentrales Element angemessener Vorkehrungen ist die Zugänglichkeit zu Informationen. Konkrete Beispiele sind bauliche Veränderungen in der Mietwohnung, ein ärztliches Aufklärungsgespräch in einfacher Sprache, die Übersetzung eines Bescheides in Blindenschrift, die Anpassung von Arbeits- und Organisationsabläufen für Beschäftigte mit psychosozialen Behinderungen oder technische Arbeitshilfen, etwa eine Einhand-Tastatur oder barrierefreie Computersoftware.<sup>7</sup> Das in Deutschland vor einigen Jahren eingeführte Persönliche Budget ist eine gesetzliche Leistung, mit der Menschen mit Behinderung selbst in der Lage sind, sich in nicht zugänglichen Situationen eigenständig die notwendige Unterstützung zu verschaffen, indem sie zum Beispiel eine Assistenz engagieren.

Durch seine Situations- und Personenbezogenheit unterscheidet sich das Konzept der angemessenen Vorkehrungen von Konzepten zur generellen und im Vorhinein zu schaffenden Zugänglichkeit, wie etwa barrierefreier Technologie, universellem Design oder der Barrierefreiheit im öffentlichen Personenverkehr oder in Gebäuden, die unabhängig von einem momentan bestehenden Bedarf umgesetzt werden. Auch wenn das Recht auf angemessene Vorkehrungen in den letzten Jahren bekannter geworden ist und in einige Gesetze sowie vereinzelt in der Rechtsprechung Eingang gefunden hat, kann von einer systematischen Verbreitung noch keine Rede sein.<sup>8</sup>

Staatliche Stellen und der Privatsektor müssen ihre Flexibilität und Sensibilität im Umgang mit Menschen mit Behinderung erhöhen, ihre individuellen Bedürfnisse berücksichtigen, vor allem aber im Dialog mit ihnen gemeinsam Lösungen erarbeiten, um Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung in allen Feldern zu gewährleisten. Dazu ist auf allen Seiten Aufklärung und Wissensaufbau notwendig.

<sup>7</sup> Deutsches Institut für Menschenrechte (ohne Datum): Diskriminierungsschutz.

<sup>8</sup> Deutsches Institut für Menschenrechte (2020): Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung. Allgemeine Bemerkung Nr. 6 des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Weitere Informationen im Originaldokument (dt. Fassung): UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2018): Allgemeine Bemerkung Nr. 6 (2018) zu Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung.

## 4.2.2 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Beruf

### Persönliche Herausforderungen im Bereich Beruf

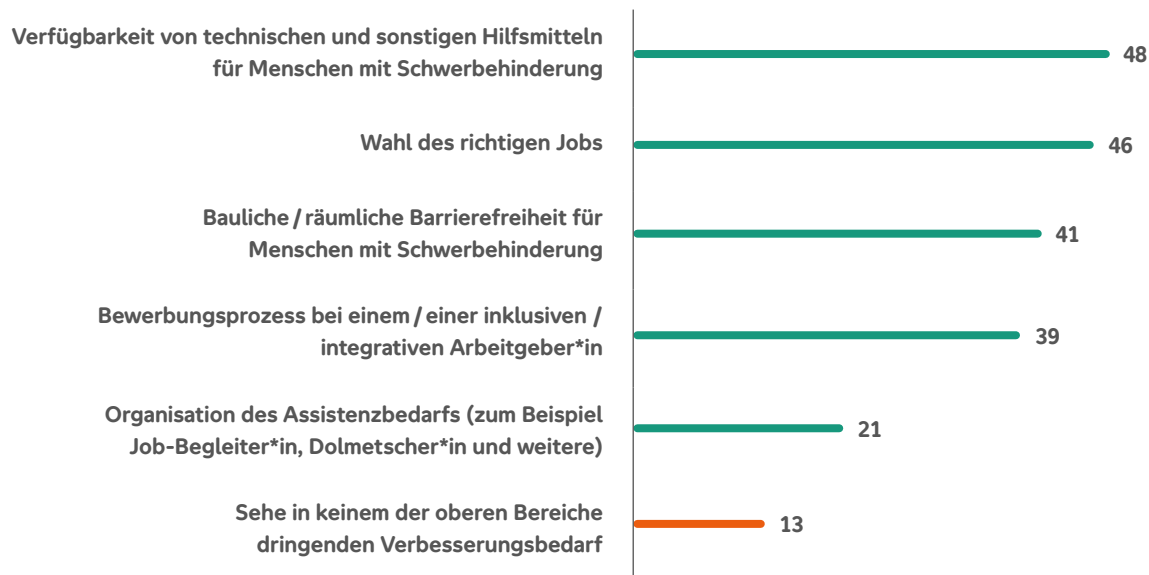
Vielen Menschen mit Schwerbehinderung ist es verwehrt, ihre Stärken auf dem Arbeitsmarkt so einzusetzen, wie es Menschen ohne Behinderung möglich ist. Häufig scheuen sich Unternehmen, Menschen mit Behinderung einzustellen, da sie nicht wissen, dass Beratungs- und finanzielle Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen.<sup>9</sup> Nicht selten wird bei Menschen mit Behinderung der Fokus darauf gelegt, was sie nicht leisten können, anstatt darauf, was sie leisten können – was sowohl eine Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer Behinderung mit sich bringt, als auch die Gelegenheit versäumt, das Potenzial optimal einzusetzen. Es bedarf daher einer aktiven Auseinandersetzung mit den strukturellen Hürden, die beseitigt werden müssen, um Menschen mit Schwerbehinderung den beruflichen Einsatz ihrer Stärken zu ermöglichen.

Die Befragungsergebnisse offenbaren einige Baustellen, an denen sich etwas tun muss. Befragte, bei denen der Bereich Beruf einen der vier problematischsten Bereiche darstellt, wünschen sich basierend auf ihren eigenen Erfahrungen in den letzten fünf Jahren vor allem eine bessere Ausstattung: Fast die Hälfte dieser Gruppe (48%) bemängelt die schlechte Verfügbarkeit von technischen Hilfsmitteln, die das Arbeiten erleichtern können. 61 Prozent sehen im Bereich technische Ausstattung zudem dringenden Handlungsbedarf, um die Inklusion in den nächsten fünf Jahren voranzutreiben.

Doch auch eine Verbesserung hinsichtlich einer barrierefreien räumlichen Ausstattung wird von zwei von fünf Befragten (41%) rückblickend auf die Erfahrungen in den letzten fünf Jahren gewünscht. Auch bei der Wahl des passenden Berufs wünschen sich viele Befragte Unterstützung (46%) beziehungsweise einen inklusiven, das heißt diskriminierungsfreien Bewerbungsprozess (39%; Abbildung 11).

### Abbildung 11: Verbesserungsbedarf im Bereich Beruf allgemein

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Beruf“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=573)

<sup>9</sup> Aktion Mensch e.V. (ohne Datum): 10 Gründe Menschen mit Behinderung zu beschäftigen – Ein Leitfaden für Unternehmer.

Gerade jungen Befragten ist ein inklusives beziehungsweise diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren wichtig: 61 Prozent der 16- bis 34-Jährigen äußern hier Bedarf. Im Vergleich dazu sieht nur rund die Hälfte (51 %) der 34- bis 55-Jährigen und sogar nur 29 Prozent der Befragten, die älter als 55 sind, Verbesserungsbedarf. Die Ergebnisse zeigen also, wie groß das Bedürfnis unter Berufseinsteiger\*innen für ein inklusives beziehungsweise diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren ist.

### **Arbeitgeber\*innen müssen ein besseres Verständnis für Schwerbehinderungen erlangen**

Vonseiten des Arbeitgebers beziehungsweise der Arbeitgeberin wünschen sich die Befragten<sup>10</sup> in Bezug auf den Umgang mit Menschen mit Schwerbehinderung in erster Linie ein besseres Verständnis für Schwerbehinderungen (58 %) sowie die Leistungsfähigkeit von Menschen trotz ihrer Schwerbehinderung (48 %). Auch im generellen Umgang mit psychischen (44 %) und körperlichen Behinderungen (41 %) sieht mehr als jede\*r Dritte Verbesserungsbedarf. Für viele Befragte sind zudem Förderung unter Berücksichtigung ihrer Schwerbehinderung ein Thema: So wird eine Verbesserung in der Förderung unter Berücksichtigung individueller Stärken (41 %), aber auch individueller Bedürfnisse (38 %) gefordert. Im Punkt Förderung wünschen sich fast vier von zehn Befragten (38 %) ein besseres Verständnis für die finanzielle Bezuschussung von Mitarbeiter\*innen mit Schwerbehinderung (Abbildung 12).

---

<sup>10</sup> Bei dieser Auswertung wurden nur Befragte mit persönlicher Erfahrung mit integrativen beziehungsweise inklusiven Arbeitgeber\*innen berücksichtigt.



## Abbildung 12: Verbesserungsbedarf in Bezug auf integrative / inklusive Arbeitgeber\*innen

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Beruf“ in die obersten vier Ränge gewählt haben und Erfahrungen mit integrativen / inklusiven Arbeitgeber\*innen haben (n=506)

Die Veränderungen der Platzierung im Vergleich zu 2014 ergeben sich aus der Häufigkeit der Auswahl der Aussagen. Nur Veränderungen von mindestens 2 Plätzen (+2 / -2) sind ausgewiesen.

## **Frauen dringen stärker auf Veränderungen im Beruf als Männer**

Bei der Frage nach den Handlungsbedarfen im Bereich Beruf in den kommenden fünf Jahren fordern weibliche Befragte signifikant häufiger, dass sich hinsichtlich Förderung, Leistungsvertrauen und in allgemeinen Aspekten des Miteinanders am Arbeitsplatz etwas tut, um Inklusion voranzutreiben (Abbildung 13). Frauen wünschen sich besonders häufig eine gerechte leistungsorientierte Förderung. So sehen 62 Prozent der weiblichen Befragten, aber nur 48 Prozent der männlichen Befragten Handlungsbedarf im Punkt Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Menschen mit Schwerbehinderung im Beruf. Zudem wünschen sich 59 Prozent aller weiblichen Befragten Verbesserungen bei der gleichwertigen Förderung unter Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit – unter männlichen Befragten haben nur 42 Prozent diesen Wunsch. Die Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Befragten zeigen sich durchgehend in allen Fragen nach den Handlungsfeldern im Bereich Beruf in den kommenden fünf Jahren. Womöglich lässt sich dieser Unterschied zwischen den Geschlechtern damit erklären, dass viele weibliche Befragte nicht nur aufgrund ihrer Schwerbehinderung, sondern auch aufgrund ihres Geschlechts Diskriminierungserfahrungen im Beruf gemacht haben und somit doppelter Diskriminierung ausgesetzt sind.<sup>11</sup>

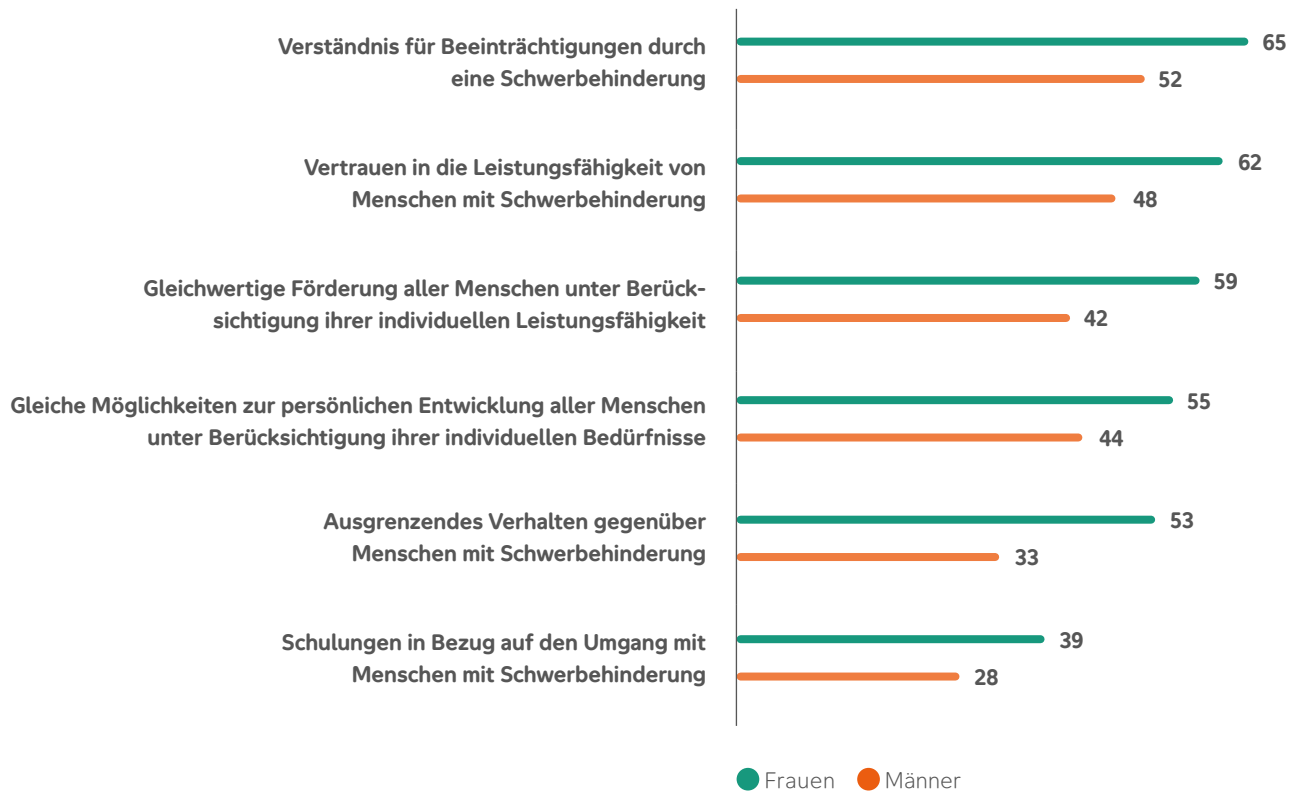
Der Bereich Beruf stellt für viele Menschen mit Behinderung also eine der größten Herausforderungen im Alltag dar. Besonders problematisch ist dabei die Arbeitsausstattung – sowohl an notwendigen technischen Hilfsmitteln als auch an barrierefreien Räumlichkeiten mangelt es häufig. Junge Befragte, die ihren Berufseinstieg finden müssen, fordern zudem Unterstützung bei der Berufsfindung und einen inklusiven Bewerbungsprozess. Auf menschlicher Ebene ist es den Befragten wichtig, dass (potenzielle) Arbeitgeber\*innen und Kolleg\*innen ein besseres Verständnis für die Beeinträchtigungen durch Behinderungen haben, aber – oder gerade deswegen – auch mehr Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Menschen mit Behinderung setzen. Gerade Frauen mit Behinderung, die doppelter Diskriminierung ausgesetzt sind, fordern mehr Anerkennung ihrer Leistungsfähigkeit.

---

<sup>11</sup> Möller-Slawinski, H. und F. Jurczok (März 2021): Situation von Frauen mit Schwerbehinderung am Arbeitsmarkt. Studie veröffentlicht von: Aktion Mensch e.V.

### Abbildung 13: Handlungsbedarf im Bereich Arbeitgeber\*in nach Geschlecht

Frage: Bitte wählen Sie alle Aspekte aus, in denen Sie in den nächsten fünf Jahren den größten Handlungsbedarf sehen, um das Thema Inklusion (= gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung) voranzutreiben.



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Beruf“ in die obersten vier Ränge gewählt haben und Erfahrungen mit integrativen / inklusiven Arbeitgeber\*innen gemacht haben (n=506)

## 4.2.3 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich Mobilität und Beförderung

### Auf dem Weg zur uneingeschränkten Mobilität gibt es nach wie vor einige Hürden

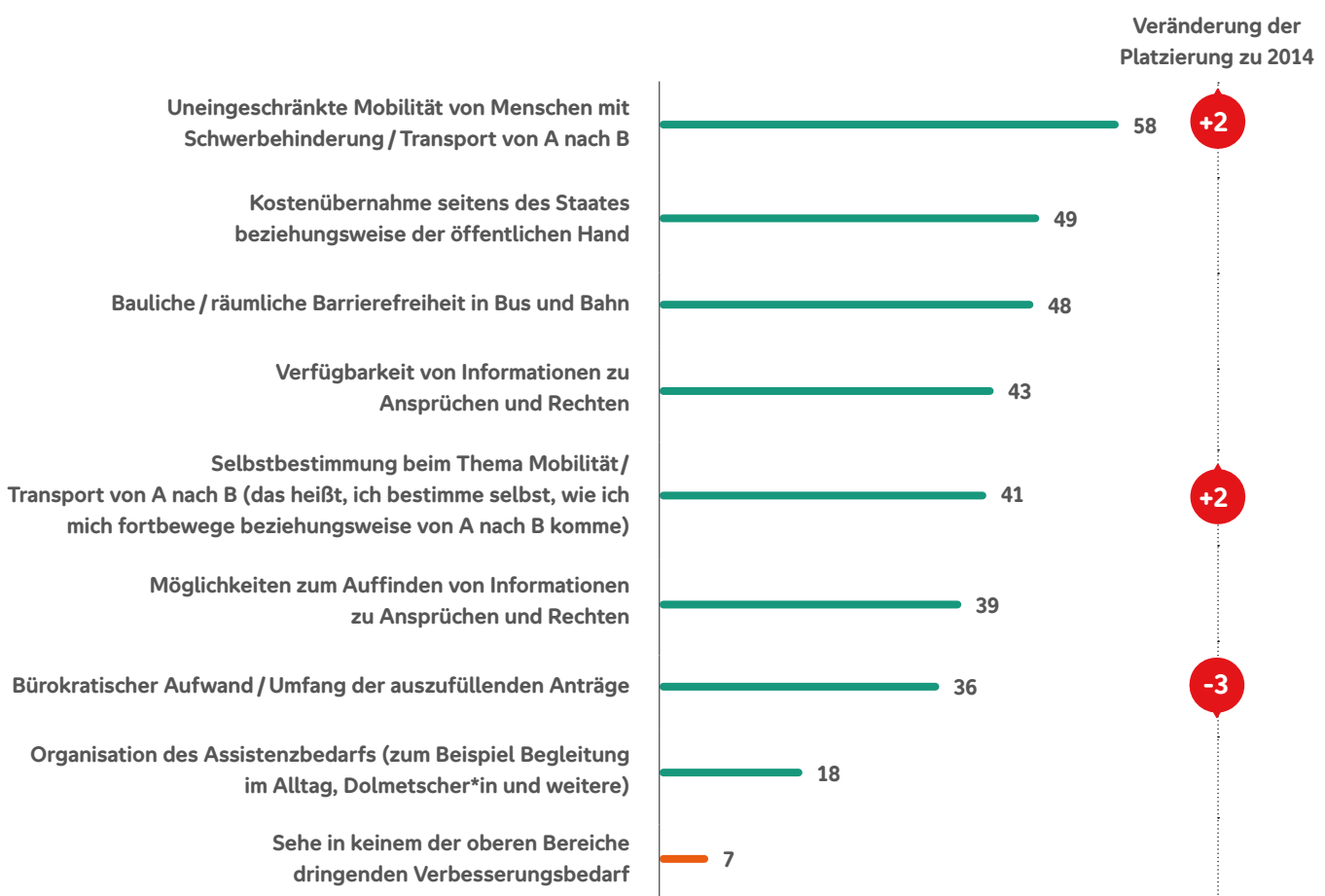
Uneingeschränkte Mobilität ist ein entscheidender Aspekt eines selbstbestimmten Lebens. Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, Menschen mit Behinderung den gleichberechtigten Zugang zu Transportmitteln zu gewährleisten. Doch auch wenn sich in diesem Punkt in den letzten Jahrzehnten einiges

getan hat, ist uneingeschränkte Mobilität für viele Menschen mit Schwerbehinderung nach wie vor nicht möglich.

Fast drei von fünf Befragten (58%), die das Thema Mobilität unter ihre vier größten Herausforderungen gewählt haben, sehen Verbesserungsbedarf bei der uneingeschränkten Mobilität. Dabei sind nicht nur fehlende Maßnahmen zur baulichen beziehungsweise räumlichen Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln nach wie vor ein Problem (48%), sondern auch fehlende finanzielle Unterstützung zur Umsetzung der eigenen Mobilität (49%) und fehlende Informationen zu Ansprüchen und Rechten (43%; Abbildung 14).

**Abbildung 14: Verbesserungsbedarf im Bereich Mobilität und Beförderung allgemein**

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Beförderung / Mobilität / Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=567)

Die Veränderungen der Platzierung im Vergleich zu 2014 ergeben sich aus der Häufigkeit der Auswahl der Aussagen. Nur Veränderungen von mindestens 2 Plätzen (+2 / -2) sind ausgewiesen.

### Menschen mit Behinderung in Großstädten fühlen sich mobiler

Befragte, die in Großstädten (ab 500.000 Einwohner\*innen) leben, haben seltener Probleme, uneingeschränkt mobil zu sein, als Befragte aus kleineren Städten. So bemängeln 53 Prozent der Großstädter\*innen eine fehlende uneingeschränkte Mobilität – unter Befragten aus kleineren Städten bis 100.000 Einwohner\*innen sind es hingegen sogar 64 Prozent (Abbildung 15).

### Unterwegs braucht es mehr Verständnis und mehr Unterstützung

So wie in den Bereichen Beruf und Behörden ist ein verbessertes Verständnis für die Beeinträchtigungen durch eine Schwerbehinderung auch das größte Anliegen der Befragten, wenn es um den Bereich Mobilität geht. 56 Prozent der Befragten sehen hier Verbesserungsbedarf. Auch im generellen Umgang mit körperlichen Behinderungen nimmt mehr als jede\*r Zweite (52 %) Luft nach oben wahr.

Viele Befragte geben zudem an, mit ihren Mitreisenden in den vergangenen fünf Jahren schlechte Erfah-

rungen gemacht zu haben. So haben 37 Prozent der Befragten bereits ausgrenzendes Verhalten erleben müssen. Statt dieses Verhaltens wünschen sich 40 Prozent der Befragten unterwegs mehr Unterstützung durch ihre Mitmenschen (Abbildung 16).

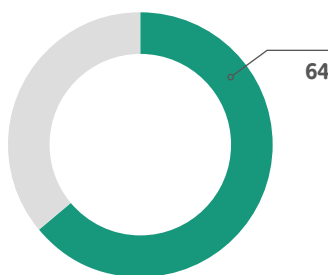
Ein selbstbestimmtes Leben setzt voraus, dass man selbstständig von A nach B reisen kann – und zwar wann und wie man möchte. Doch diese uneingeschränkte Mobilität ist für viele Menschen mit Schwerbehinderung nach wie vor nicht möglich. Es scheitert an fehlender Barrierefreiheit oder daran, dass die notwendigen Kosten zur Umsetzung der eigenen Mobilität nicht vom Staat übernommen werden – dabei ist der deutsche Staat per UN-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, Menschen mit Behinderung einen gleichberechtigten Zugang zu Transportmitteln zu gewährleisten.<sup>12</sup>

Die Befragten fordern Verbesserung in diesen strukturellen Punkten und wünschen sich von ihren Mitmenschen mehr Verständnis sowie mehr Unterstützung unterwegs.

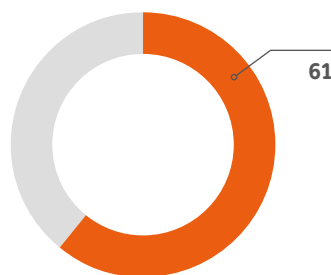
## Abbildung 15: Verbesserungsbedarf im Bereich uneingeschränkte Mobilität nach Ortsgröße

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?

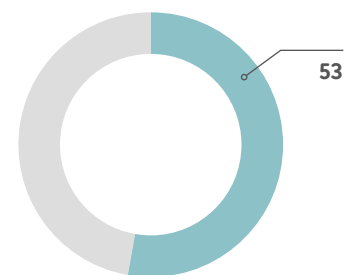
Ländlicher Raum und Kleinstädte  
bis 100.000 Einwohner\*innen



Mittelgroße Städte  
(100.000 bis 500.000 Einwohner\*innen)



Großstädte ab 500.000  
Einwohner\*innen

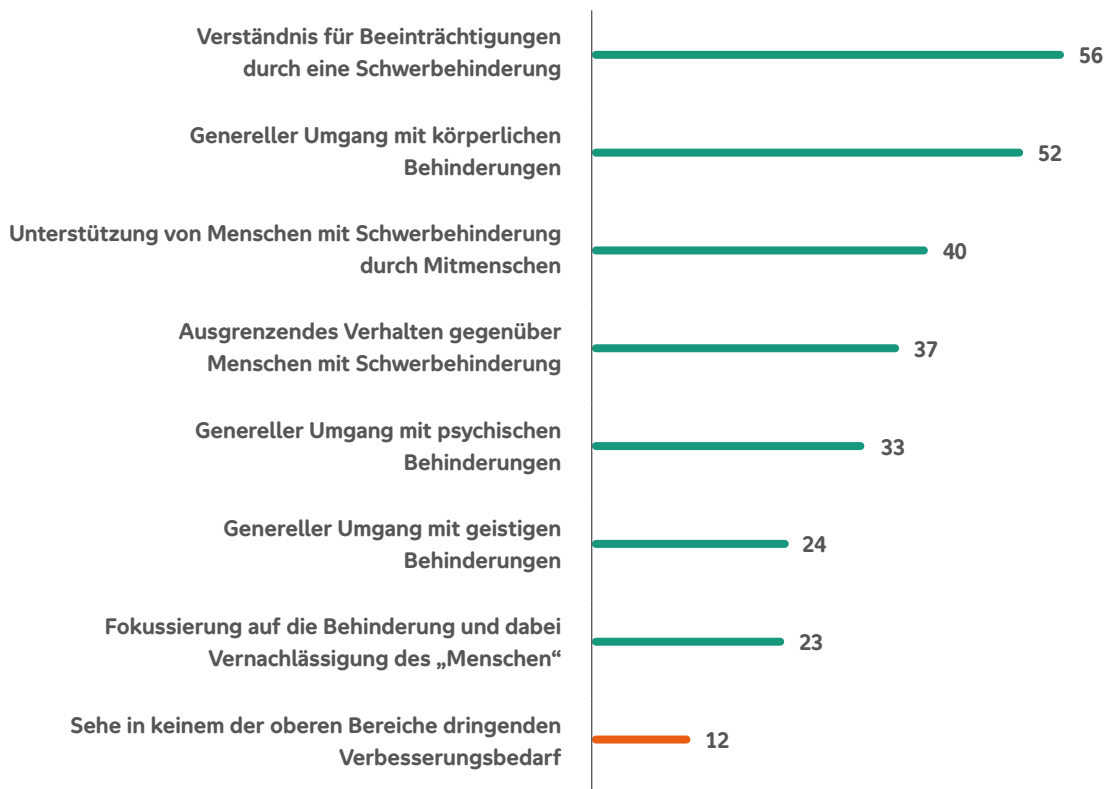


Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Beförderung / Mobilität / Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=567)

<sup>12</sup> UN-Behindertenrechtskonvention (ohne Datum): Barrierefreiheit.

## Abbildung 16: Verbesserungsbedarf im Bereich Mobilität und Beförderung im Umgang mit Menschen mit Schwerbehinderung

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Beförderung / Mobilität / Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=567)

### 4.2.4 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich Freizeit und öffentlicher Raum

#### Barrierefreiheit ist die Haupt-Herausforderung bei der Freizeitgestaltung

Freizeitaktivitäten wie Reisen, das Ausüben von Sport, der Besuch von Kinos, Museen oder Restaurants sowie von öffentlichen Einrichtungen im Allgemeinen ermöglichen nicht nur Erholung, sondern auch kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe. Menschen mit Schwerbehinderung ist ein gleichberechtigtes Nachgehen von Freizeitaktivitäten allerdings häufig verwehrt.

Viele Befragte, die den Bereich Freizeitgestaltung in die oberen vier Ränge der herausfordernden Bereiche gewählt haben, haben in den vergangenen fünf Jahren Verbesserungsbedarf in Bezug auf Barrierefreiheit in Freizeiteinrichtungen festgestellt. Dies betrifft sowohl kulturelle Einrichtungen wie Kinos oder Theater (42%), Sport- (37%) und gastronomische Einrichtungen (37%) als auch Hotels und andere Unterkünfte (32%; Abbildungen 17 und 18). Vor allem Menschen mit einer Mobilitäts- und / oder einer Sehbeeinträchtigung äußern Verbesserungsbedarf im Bereich Freizeit. So ist fehlende Barrierefreiheit in kulturellen Einrichtungen für knapp die Hälfte aller Befragten mit Mobilitätsbeeinträchtigung (50%) und sogar 54 Prozent aller Befragten mit Sehbeeinträchtigung ein Problem.

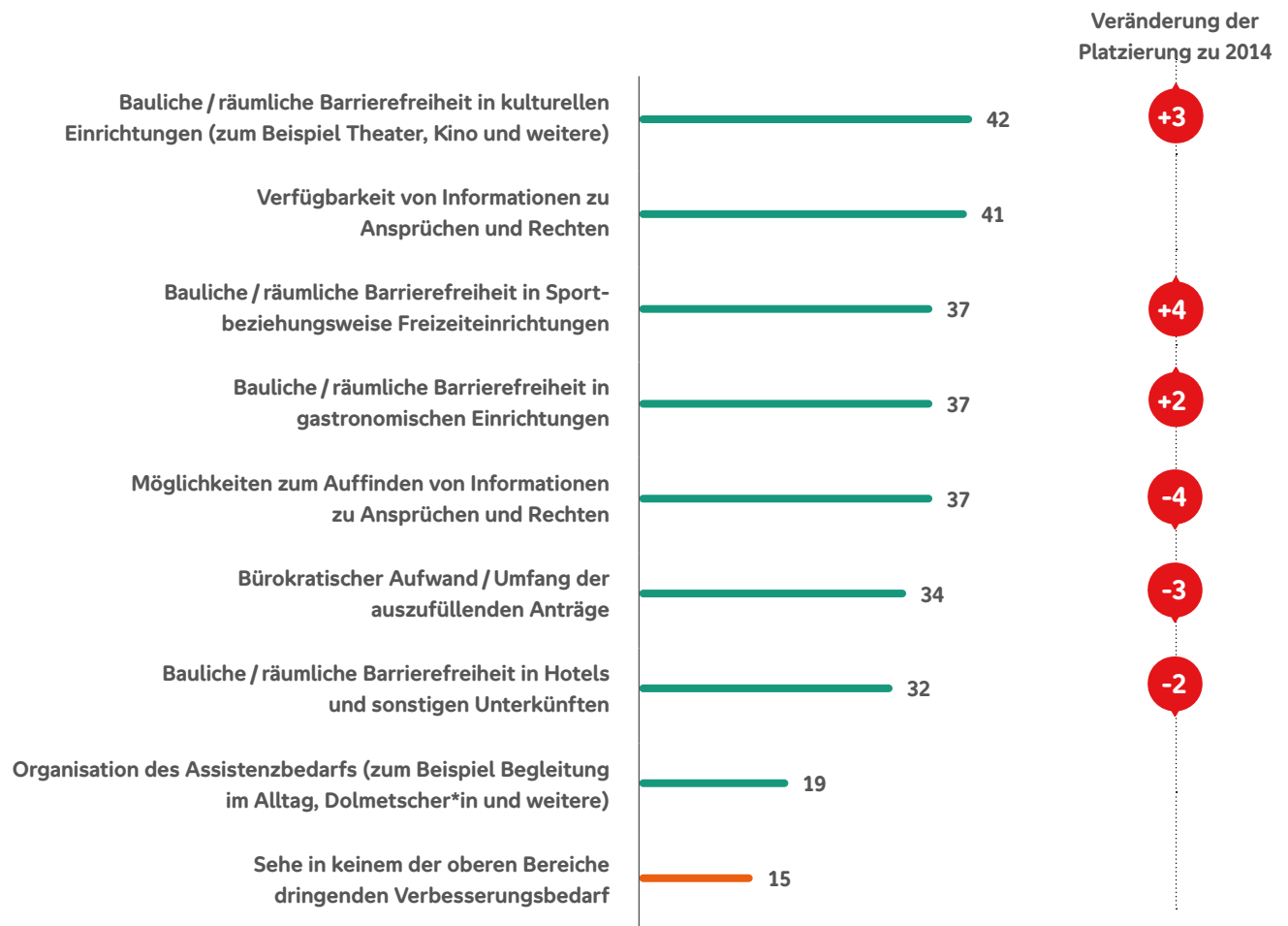
Allerdings zeigen die Befragungsergebnisse eine kleine Veränderung im Vergleich zu 2014: Schwierigkeiten mit baulicher Barrierefreiheit steigen einige Ränge nach oben, während Schwierigkeiten mit dem Auffinden von Informationen und dem Ausfüllen von Anträgen nach unten rücken. Da jedoch in der aktuellen Befragungswelle ein vergleichsweise größerer Anteil an Menschen mit körperlicher Behinderung teilgenommen hat, ist nicht klar, ob diese Veränderung lediglich hierauf zurückzuführen ist oder ob es

eine tatsächliche Veränderung in der Bewertung der verschiedenen Barrieren gegeben hat.

Unzureichende räumliche Barrierefreiheit wird auch in öffentlichen Einrichtungen oft als Hürde aufgrund persönlicher Erfahrungen wahrgenommen. In diesem Kontext wird fehlende räumliche Barrierefreiheit häufig bei öffentlichen Toiletten bemängelt (49%), aber auch bei Einkaufsstätten und öffentlichen Plätzen allgemein (45% beziehungsweise 44%).<sup>13</sup>

### Abbildung 17: Verbesserungsbedarf im Bereich Freizeitgestaltung

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



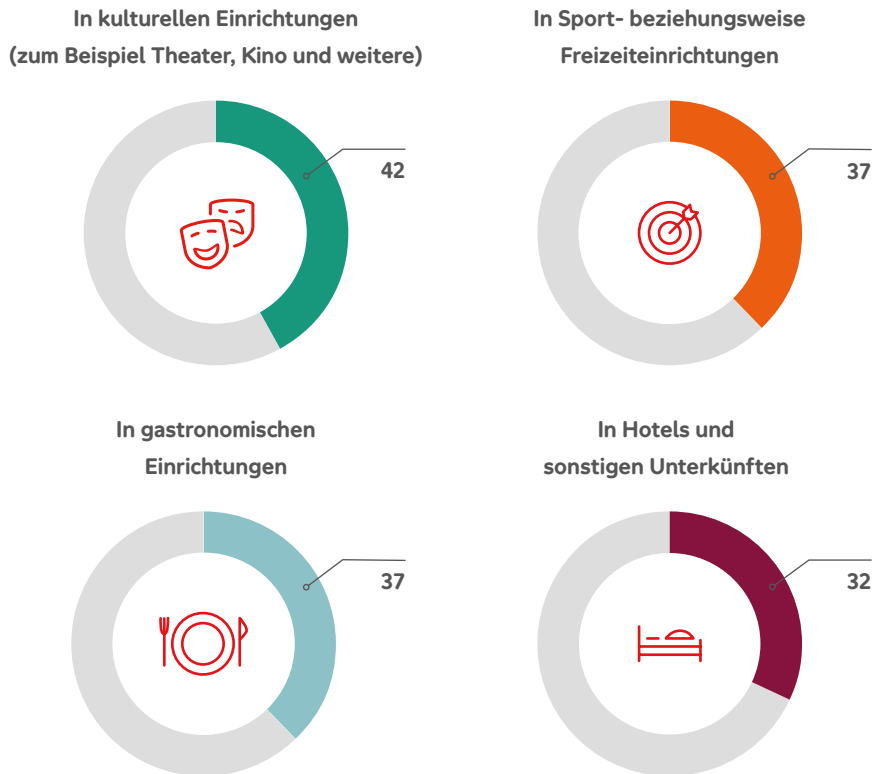
Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Freizeitgestaltung“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=553)

Die Veränderungen der Platzierung im Vergleich zu 2014 ergeben sich aus der Häufigkeit der Auswahl der Aussagen. Nur Veränderungen von mindestens 2 Plätzen (+2/ -2) sind ausgewiesen.

<sup>13</sup> Daten basierend auf den Angaben von Befragten, die „Öffentliche Einrichtungen“ unter die TOP 4 der Bereiche mit den größten persönlichen Herausforderungen gewählt haben.

## Abbildung 18: Verbesserungsbedarf in Bezug auf bauliche / räumliche Barrierefreiheit in der Freizeitgestaltung nach Sektoren

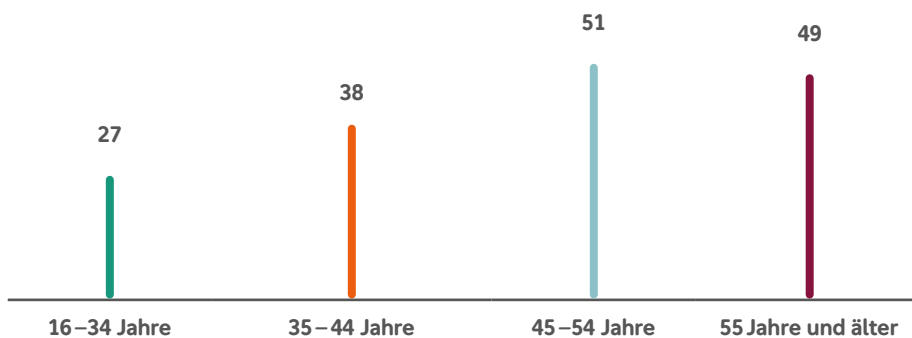
Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Freizeitgestaltung“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=553)

## Abbildung 19: Zustimmung zu dringendem Verbesserungsbedarf beim Auffinden von Informationen zu Ansprüchen und Rechten

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „öffentliche Einrichtungen“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=497)



Doch auch Informationen zu den eigenen Ansprüchen und Rechten bei der Freizeitgestaltung kritisieren die Befragten als gering verfügbar (41 %) und schwierig zu finden (37 %). Bei öffentlichen Einrichtungen allgemein werden fehlende Informationen besonders von älteren Befragten als problematisch empfunden. So äußert rund jede\*r Zweite ab einem Alter von 45 Jahren Kritik – unter den 16- bis 34-Jährigen ist es nur gut jede\*r Vierte (Abbildung 19).

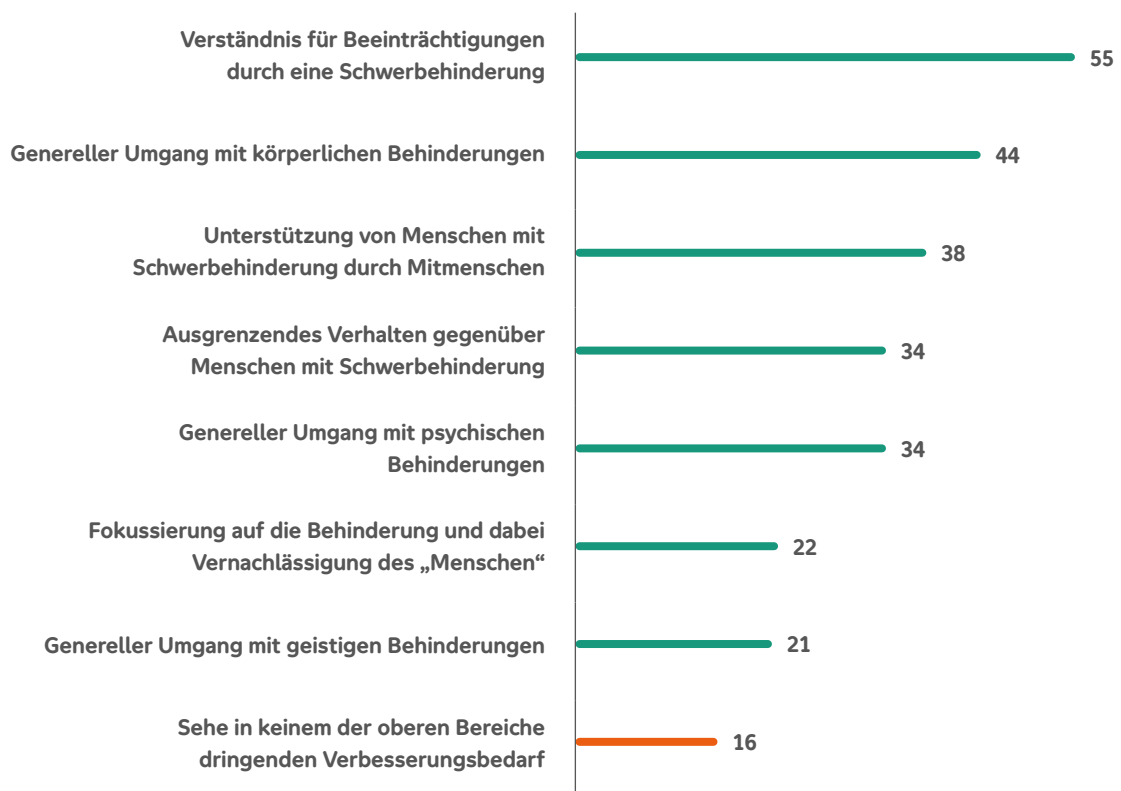
### Das fehlende Verständnis der Mitmenschen ist in der Freizeit für viele eine große Herausforderung

Mehr Verständnis für die Beeinträchtigungen durch eine Schwerbehinderung ist auch im Bereich Freizeit-

gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums das Kriterium, bei dem die Befragten basierend auf ihren Erfahrungen in den letzten fünf Jahren den größten Verbesserungsbedarf sehen: 55 Prozent wünschen sich hier Veränderungen bei der Freizeitgestaltung. Ähnlich wie im Bereich Mobilität fordern viele Befragte Verbesserungen im generellen Umgang mit körperlichen Behinderungen (44 %) sowie mehr Unterstützung durch Mitmenschen (38 %) anstatt Ausgrenzungen (34%; Abbildung 20).

### Abbildung 20: Verbesserungsbedarf im Bereich Freizeitgestaltung im Umgang mit Menschen mit Schwerbehinderung

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Freizeitgestaltung“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=553)

## 4.2.5 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich Wohnsituation

### Zwei von drei Befragten bemängeln die Verfügbarkeit barrierefreier Wohnungen

Das selbstbestimmte Entscheiden, wo und wie man wohnen möchte, ist ein zentraler Punkt der Forderung nach einem selbstbestimmten Leben. Dass sich Wohnen für Menschen mit Schwerbehinderung als besonders schwierig gestalten kann, zeigt sich in den Ergebnissen der Befragung. Beim geforderten Handlungsbedarf für die kommenden fünf Jahre stufen die Befragten den Bereich „Wohnsituation“ im Mittelwert auf Platz 4 ein – und das aus gutem Grund. In vielen (Groß-)städten Deutschlands hat sich der Wohnungsmarkt in den letzten Jahren erheblich verändert: Der Wohnraum wird knapper, die Wohnungen teurer. Das kann besonders für Menschen mit Schwerbehinderung zu einer großen Herausforderung werden, da sie häufig von speziellen Wohnungsmerkmalen, wie räumlicher Barrierefreiheit, abhängig sind.

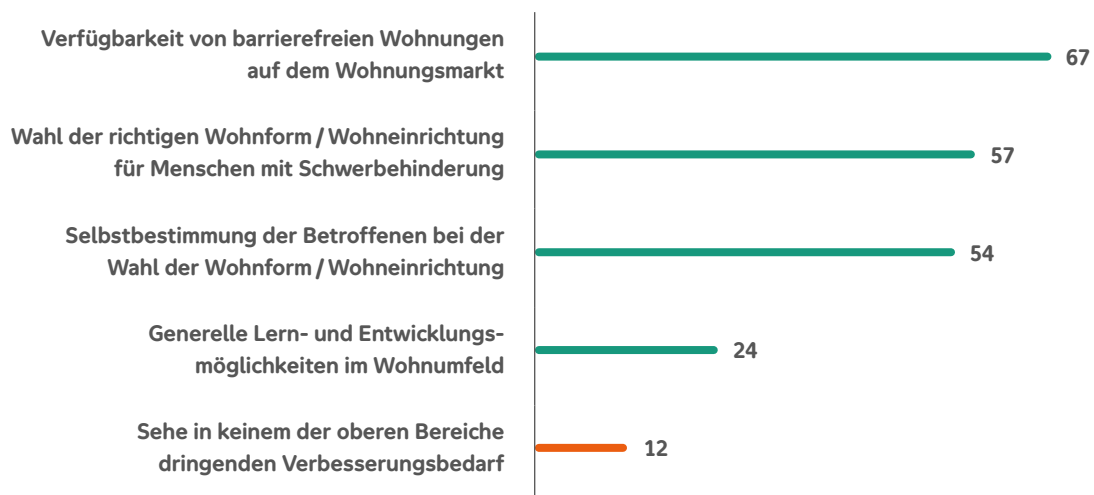
Dementsprechend bemängeln viele Befragte die geringe Verfügbarkeit von barrierefreien Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt. Zwei Drittel (67%) jener Befragten, die den Bereich Wohnen unter ihre größten

vier Herausforderungen gewählt haben, sind diesem Problem in der Vergangenheit persönlich begegnet (Abbildung 21). Primär Menschen mit einer körperlichen Behinderung (73%) haben besonders häufig mit dieser Hürde zu kämpfen. Dementsprechend ist es nicht überraschend, dass die Mehrheit der Befragten (71%) hier akuten Handlungsbedarf sieht, um Inklusion in den nächsten Jahren voranzutreiben.

Doch nicht nur die Verfügbarkeit passender und bezahlbarer Wohnungen ist problematisch. Ein weiterer Aspekt ist die Wahl der richtigen Wohnform und damit einhergehend auch die Selbstbestimmung der Betroffenen bei der Wohnungswahl. Mehr als die Hälfte der Befragten ist in dieser Hinsicht bereits auf Herausforderungen gestoßen. Besonders Befragte mit Schwerbehinderung ab 55 Jahren nennen sowohl die Wahl der Wohnform (61%) wie auch die Selbstbestimmung bei der Wohnungswahl (59%) als herausfordernd. Konkret umfasst die Selbstbestimmung bei der Wohnungswahl folgende Bedarfe: Betroffene müssen grundlegend die Wahl ihrer Wohnung haben und müssen auch wissen, welche unterschiedlichen Möglichkeiten generell bestehen. Ferner müssen ihnen konkrete Optionen angeboten werden, damit sie sich selbst für eines der Angebote entscheiden können.

### Abbildung 21: Verbesserungsbedarf im Bereich Wohnen

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Situation / Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Wohnsituation“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (n=441)

Viele Menschen mit Schwerbehinderung wohnen in unterschiedlichen Wohnformen, beispielsweise im Heim, in Wohngemeinschaften oder in betreutem Wohnen. Aus diesem Grund lohnt es sich, die einzelnen Wohnformen gesondert voneinander zu betrachten, um die größten Herausforderungen im jeweiligen Bereich zu identifizieren.<sup>14</sup>

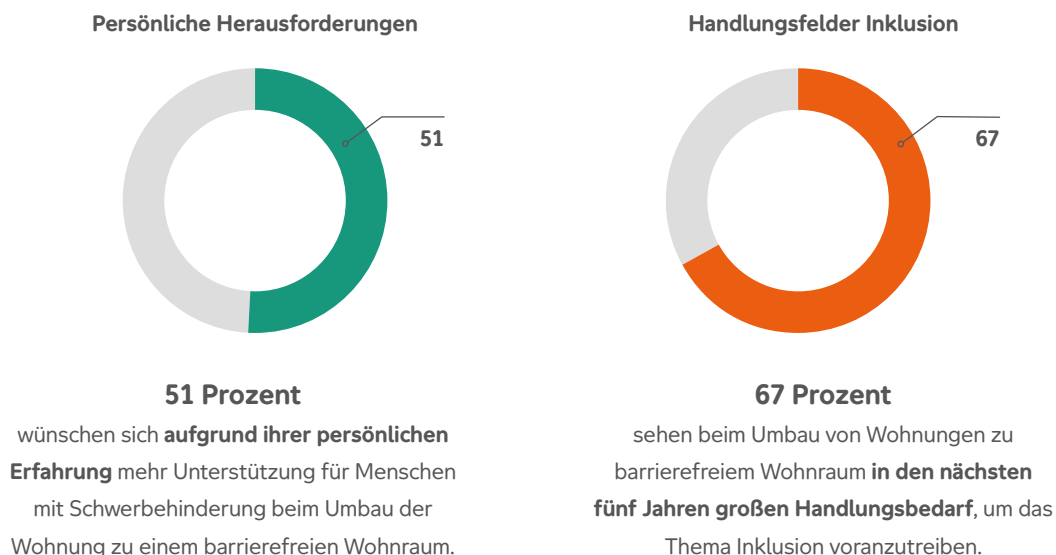
### Wohnsituation in eigener Wohnung oder selbstorganisierter Wohngemeinschaft

Für Befragte, die Erfahrungen mit dem Wohnen in Miet- oder Eigentumswohnung gemacht haben, sind sowohl die mangelnde räumliche Barrierefreiheit (54%) wie auch die Problematik des bezahlbaren Wohnraums (53%) die ausschlaggebendsten Herausforderungen. Sind nicht genug barrierefreie Wohnungen vorhanden, sind in vielen Fällen Umbaumaßnahmen notwendig, um Wohnungen barrierefrei zu machen. Das kann besonders dann der Fall sein, wenn eine Person erst im Laufe des Lebens eine Schwer-

behinderung erwirbt und ab diesem Zeitpunkt auf räumliche Barrierefreiheit angewiesen ist. Aus diesem Grund ist auch nicht überraschend, dass zwei von drei Befragten (67%) beim Umbau zu barrierefreien Wohnungen Handlungsbedarf für die kommenden Jahre sehen. Hingegen ist der Anteil derer, die in diesem Bereich in den vergangenen fünf Jahren persönliche Erfahrungen gemacht haben, deutlich geringer (51%). Diese Ergebnisse veranschaulichen, dass sich viele Menschen mit Schwerbehinderung dieser Problematik bewusst sind, auch wenn sie selbst davon (noch) nicht betroffen waren (Abbildung 22). Ein möglicher Erklärungsansatz könnte sein, dass die Befragten ein Bewusstsein für den demografischen Wandel in der Gesellschaft und für den sich zuspitzenden Wohnungsmarkt entwickelt haben: Die Befragten wissen, dass eine immer größer werdende Anzahl an älteren Menschen, die auf barrierefreie Wohnungen angewiesen sind, weiterhin zur Anspannung des Wohnungsmarktes beiträgt.

## Abbildung 22: Herausforderungen und Handlungsfelder beim Umbau von Wohnungen zu barrierefreiem Wohnraum

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf? Bitte wählen Sie alle Aspekte aus, bei denen Sie in den nächsten fünf Jahren den größten Handlungsbedarf sehen, um das Thema Inklusion voranzutreiben.



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Wohnsituation“ in die obersten vier Ränge gewählt haben (Persönliche Herausforderungen n=441, Handlungsfelder Inklusion n=456)

<sup>14</sup> UN-Behindertenrechtskonvention (ohne Datum): Barrierefreiheit.

## In Heimen und trägerorganisierten Wohngemeinschaften sowie in betreutem Einzelwohnen ist mehr Unterstützung nötig

Menschen mit Behinderung, die im Heim, in trägerorganisierten Wohngemeinschaften oder in betreutem Einzelwohnen leben, sehen sich zusätzlich mit anderen Herausforderungen konfrontiert. Sie sind nur in gewissen Maßen vom Wohnungsmarkt abhängig. Die Herausforderungen des Wohnungsmarktes äußern sich bei diesen Wohnformen in der generellen Angebotsknappheit und den wenigen Wahlmöglichkeiten. Besonders im ländlichen Raum dominiert häufig nur ein einziger Träger den gesamten betreuten Wohnungsmarkt. Jedoch geht es bei diesen Wohnformen häufig primär um Herausforderungen anderer Art: Sie zeichnen sich durch ein unterschiedliches Maß an Betreuung aus und sind speziell auf die Ansprüche von Menschen mit Behinderung ausgerichtet. Trotz dieser Voraussetzung zeigen die Ergebnisse, dass die Befragten häufig auf Herausforderungen in ihrem Wohnalltag beziehungsweise -umfeld stoßen und sich mehr Unterstützung wünschen.

Befragte, die Erfahrung mit diesen Wohnformen gemacht haben, geben an, dass es ihnen in erster Linie an ausreichender Unterstützung fehlt, um den Alltag meistern zu können. Dabei ist personelle Unterstüt-

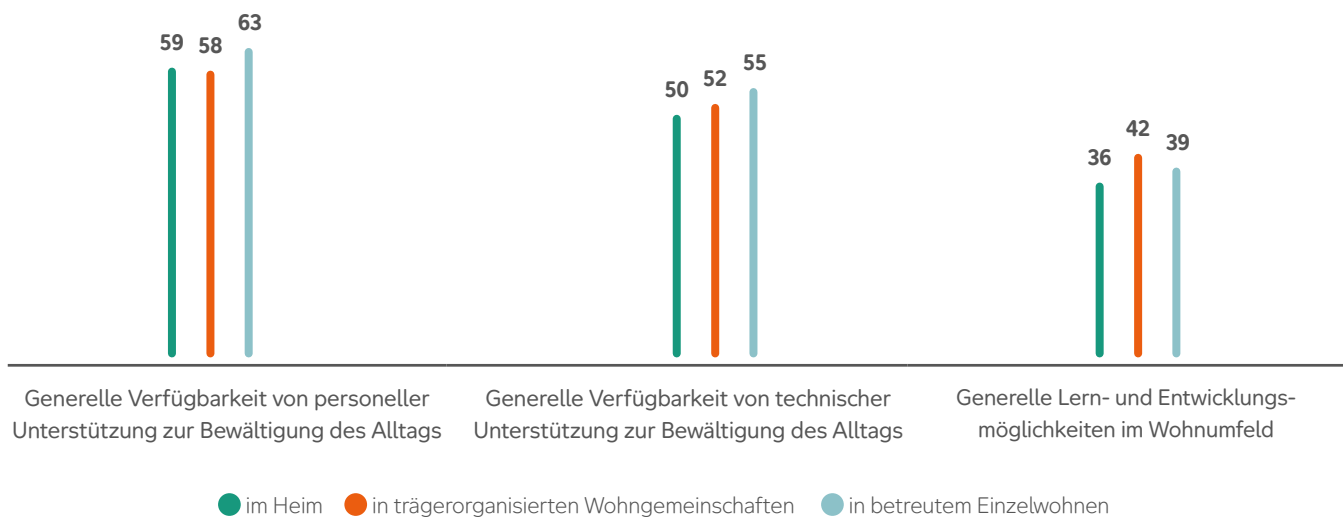
zung noch mehr gewünscht als technische Unterstützung (Abbildung 23).

Gut jede\*r dritte Befragte (36%) mit Heimerfahrung merkt außerdem an, dass Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten in Heimen oft nicht ausreichend möglich sind und sich hier etwas ändern sollte. In betreutem Einzelwohnen und trägerorganisierten Wohngemeinschaften ist der Bedarf sogar noch größer (39% beziehungsweise 42%).

Ein weiterer Aspekt, der in allen drei Wohnformen als problematisch angesehen wird, ist die mangelnde bauliche beziehungsweise räumliche Barrierefreiheit. In Heimen geben 57 Prozent an, hier bereits in der Vergangenheit auf Herausforderungen gestoßen zu sein. In trägerorganisierten Wohngemeinschaften und in betreutem Einzelwohnen ist der Anteil etwas geringer; dennoch zeigen diese Ergebnisse, dass rund die Hälfte der Befragten auf bauliche Barrieren gestoßen ist (Abbildung 24). In Wohnformen, die speziell auf Menschen mit Behinderung ausgerichtet sind, ist Barrierefreiheit besonders wichtig, um den Bewohner\*innen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dass trotzdem von über der Hälfte der Befragten mangelnde Barrierefreiheit als Hürde angemerkt wird, zeigt, dass hier noch einiges zu tun ist.

### Abbildung 23: Verbesserungsbedarf im Bereich Wohnen nach Wohnform

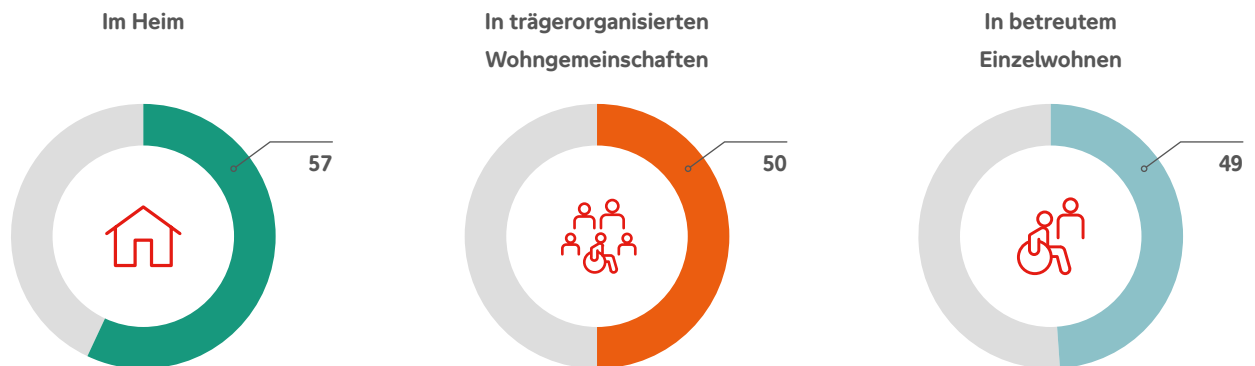
Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Wohnsituation“ in die obersten vier Ränge gewählt haben und Erfahrungen mit Wohnen im Heim (n=244), in trägerorganisierten Wohngemeinschaften (n=223) oder in betreutem Einzelwohnen (n=223) gemacht haben

## Abbildung 24: Erfahrungen mit baulicher / räumlicher Barrierefreiheit im Bereich Wohnen nach Wohnform

Frage: Wo wünschen Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen Erfahrung mehr Unterstützung für Menschen mit Schwerbehinderung beziehungsweise wo sehen Sie dringenden Verbesserungsbedarf?



Darstellung in Prozent | Basis: Befragte, die „Wohnsituation“ in die obersten vier Ränge gewählt haben und Erfahrungen mit Wohnen im Heim (n=244), in trägerorganisierten Wohngemeinschaften (n=223) oder in betreutem Einzelwohnen (n=223) gemacht haben

### 4.2.6 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich medizinische Versorgung

Menschen mit Schwerbehinderung sind aufgrund ihrer Behinderung häufiger auf medizinische Leistungen angewiesen als Menschen ohne Behinderung.<sup>15</sup> Dass dies nicht zu Diskriminierung führen darf, sondern dass Menschen mit Behinderung ein Anrecht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit haben, ist in der Behindertenrechtskonvention der UN festgehalten.<sup>16</sup> Gut vier von zehn Befragungsteilnehmer\*innen haben in den letzten fünf Jahren jedoch nennenswerte Schwierigkeiten mit Ärzt\*innen, Krankenhäusern und / oder Krankenkassen gehabt und den Bereich medizinische Versorgung unter die vier herausforderndsten Bereiche gewählt. Die größte Schwierigkeit, mit der sich diese Gruppe konfrontiert sieht, ist die häufig fehlende Kostenübernahme von notwendigen

medizinischen Leistungen seitens der Krankenkassen: Jede\*r Zweite hat damit schlechte Erfahrungen gemacht. Wie auch in den anderen Bereichen ist die fehlende Aufklärung über Rechte und Ansprüche bei vielen Befragten (46 %) wieder ein großes Problem. Auch berichten zahlreiche Befragte (42 %) erneut von einer fehlenden Anerkennung des finanziellen Aufwandes, den eine Schwerbehinderung für Betroffene und Angehörige mit sich bringt. Gerade Befragte, die nicht berufstätig sind, haben mit diesen beiden Punkten besonders häufig Probleme.

Doch auch auf menschlicher Ebene sieht sich gut jede\*r Zweite (53 %) im medizinischen Bereich mit mangelndem Verständnis für die Beeinträchtigungen durch eine Schwerbehinderung konfrontiert. Rund drei von zehn Befragten wünschen sich zudem eine bessere persönliche Betreuung durch zuständige Mitarbeiter\*innen (32%) und mehr Eigeninitiative in der Bereitstellung von Informationen (29%).

<sup>15</sup> Siehe zum Beispiel Hohmann, E., E. Huber und R. Purmann (November 2015): Versorgungsverbund für Erwachsene mit geistiger Behinderung und schweren Mehrfachbehinderungen in Berlin. Veröffentlicht von: Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V.

<sup>16</sup> UN-Behindertenrechtskonvention (ohne Datum): Gesundheitssorge.

## 4.2.7 Herausforderungen und Handlungsbedarf in den Bereichen Kita, Schule, Studium und Ausbildung

„Kita und Schule legen die Grundsteine für die Gesellschaft von morgen – hier können Unsicherheiten sowie Ausgrenzung von Anfang an ausgeräumt werden.“ Diese Meinung teilt die große Mehrheit (88%) der Befragten. Da bereits im Kindesalter Sensibilität für den Umgang mit Menschen mit Behinderung oder generell für Menschen, die anders sind als man selbst, geschaffen werden kann, ist es wichtig, direkt hier anzusetzen. Aufgrund der auf Repräsentativität angelegten Stichprobenziehung wurden wenige junge Menschen befragt und den Themenfeldern Kita, Schule, Studium und Ausbildung durch die größtenteils älteren Befragten wenig Gewicht gegeben. Dennoch zeigen die Ergebnisse, dass bestimmte Problematiken von den Befragten, für die diese Themen relevant sind, häufiger genannt werden.

Im Bereich Kita<sup>17</sup> sind die drei häufigsten genannten Herausforderungen bauliche beziehungsweise räumliche Barrierefreiheit (41%), die Wahl der richtigen Kita (37%) und die Verfügbarkeit technischer und sonstiger Hilfsmittel für Menschen mit Schwerbehinderung (33%). Außerdem wird im Umgang mit Menschen mit Schwerbehinderung erneut das mangelnde Verständnis für die damit einhergehende Beeinträchtigung hervorgehoben. Das verdeutlicht, dass fehlendes Verständnis, das die Befragten auch in vielen anderen Bereichen bemängeln, bereits im Kindesalter ein Thema ist. Hier sollte angesetzt werden, um von Anfang an mehr Verständnis für Menschen mit Behinderung zu fördern.

### **Fehlende Hilfsmittel sind bereits von Kindesalter an ein wiederauftretendes Problem**

Sowohl im Bereich Schule wie auch Studium / Ausbildung werden von den Befragten an erster Stelle die mangelnden technischen und sonstigen Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung thematisiert. Im Kontext der Schule nennen 39 Prozent diesen Punkt, bei Studium / Ausbildung sogar 42 Prozent. Erneut lassen sich an dieser Stelle Parallelen zu anderen Bereichen erkennen, und es wird deutlich, dass bereits im jüngeren Alter die fehlenden Hilfsmittel als Problem wahr-

genommen werden. Außerdem werden in den Bereichen Schule und Studium / Ausbildung von jeweils rund einem Drittel der Befragten die räumliche Barrierefreiheit, die Wahl der richtigen Schule beziehungsweise Ausbildungsstätte und die Aufnahme in eine inklusive beziehungsweise integrative Schule / Hochschule / Arbeitsstätte als persönliche Herausforderungen genannt.

Geht es um das Miteinander an der Schule beziehungsweise im Studium und in der Ausbildung, tauchen Themenkomplexe, die sich um das Verständnis und die gleichwertige Behandlung drehen, an erster Stelle auf. In Bezug auf Schule denken 40 Prozent, dass sich generell mehr mit dem Thema Schwerbehinderung auseinandergesetzt werden sollte. Außerdem wird sich mehr Verständnis für die Beeinträchtigung sowohl in der Schule (38%) wie auch im Studium / in der Ausbildung (41%) gewünscht. Gleiche Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung aller sollten laut 36 Prozent der Befragten in der Schule und laut 29 Prozent der Befragten in Studium / Ausbildung ermöglicht werden. Weiterhin denkt jede\*r Dritte (33%), dass generell mehr Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Schüler\*innen mit Schwerbehinderung gesetzt werden sollte. Im Kontext des Studiums / der Ausbildung denken das sogar 36 Prozent.

## 4.3 Politische Forderungen

Anders als in der Befragung aus dem Jahr 2014 wurden die Teilnehmer\*innen der vorliegenden Studie nach ihren Einschätzungen zu konkreten politischen und gesellschaftlichen Maßnahmen für eine inklusive Gesellschaft befragt. Hierbei galt es, für verschiedene Bereiche abzuwägen, welche Verantwortung dem Staat und welche Verantwortung den Betroffenen zukommt sowie welche Belastungen den Betroffenen im Gegensatz zur Allgemeinheit zumutbar sind.

### 4.3.1 Politische Forderungen im Bereich Behörden

In Bezug auf Ämter und Behörden sind die Ergebnisse erneut eindeutig: Es muss sich einiges verbessern. 65 Prozent der Befragten sehen Verbesserungsbe-

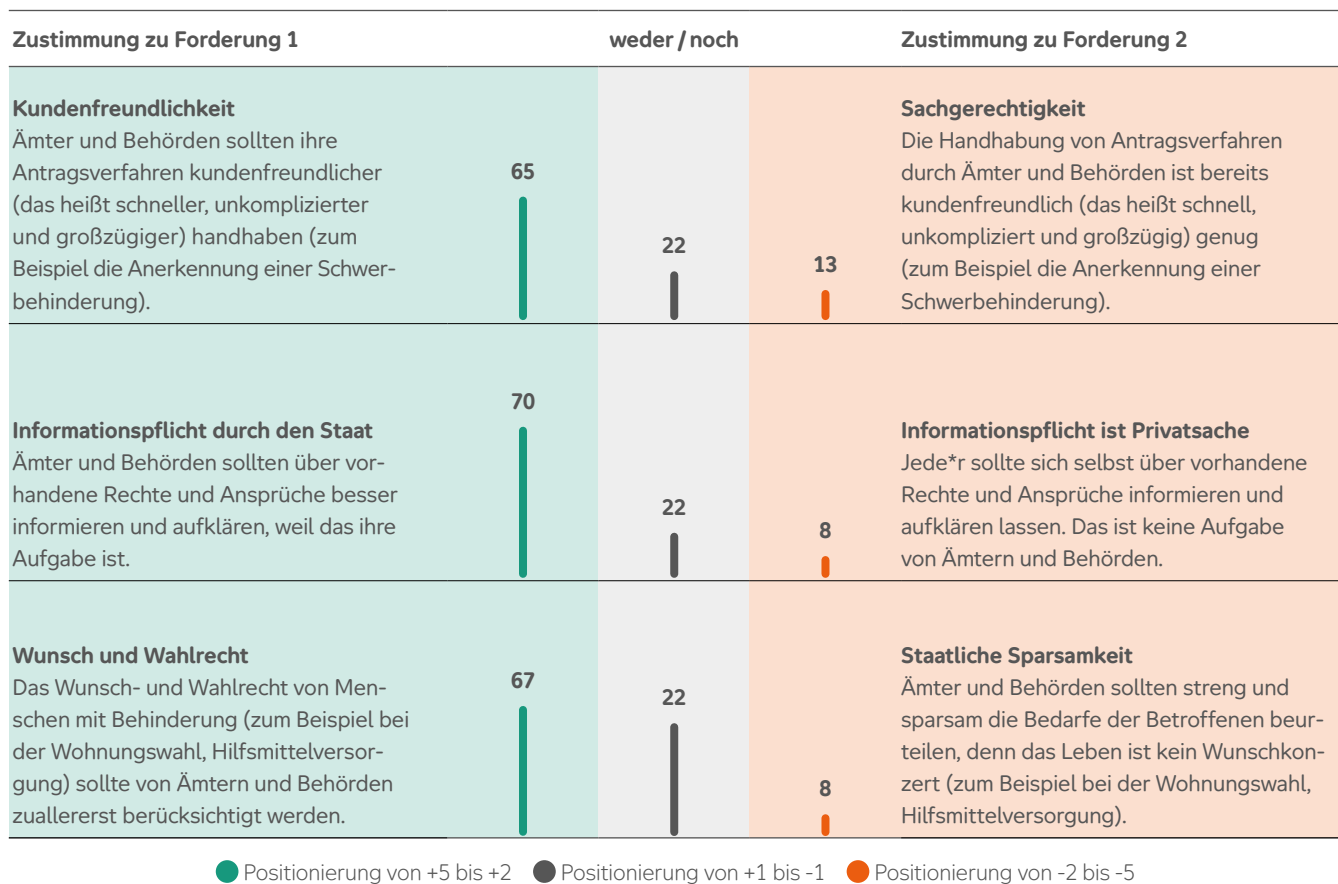
<sup>17</sup> Geringe Basis (n=58).

darf im Bereich Kundenfreundlichkeit, wenn es um Antragsverfahren, wie zum Beispiel für die Anerkennung einer Schwerbehinderung geht. Teil eines guten Kundenservices ist auch eine proaktive Beratung hinsichtlich vorhandener Rechte und Ansprüche. Hier fordern 70 Prozent der Befragten, dass sich etwas tun muss, da es eine Informationspflicht des Staates gibt. Nur acht Prozent der Befragten denken, dass es keinen Verbesserungsbedarf gibt, da die Informationspflicht bei den Antragsteller\*innen selbst liegt. Gut zwei von drei Befragten (67%) fordern zudem, dass das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Schwerbehinderung von Ämtern und Behörden zuallererst berücksichtigt werden sollte, wenn es zum Beispiel um die Wohnungswahl oder Hilfsmittelversorgung geht (Abbildung 25).

Auffällig ist bei dem Thema allerdings, dass jüngere Befragte im Alter von 16 bis 34 Jahren den Staat seltener in die Verantwortung nehmen. So fordern nur 55 Prozent (im Vergleich zu 65 Prozent im Gesamt) von ihnen eine verbesserte Kundenfreundlichkeit, 48 Prozent (im Vergleich zu 70 Prozent im Gesamt) sehen die Informationspflicht beim Staat, und nur 48 Prozent (im Vergleich zu 67 Prozent im Gesamt) fordern eine vorrangige Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts. In Anbetracht von Studienergebnissen,<sup>18</sup> laut derer junge Menschen besonders häufig der Meinung sind, dass es in Deutschland weitgehend gerecht zugeht und man durch eigene Leistung etwas erreichen kann, lassen die vorliegenden Befragungsergebnisse auf eine gewisse Selbstständigkeit und Selbstwirksamkeit der jüngeren Befragten schließen.

### Abbildung 25: Politische Forderungen im Bereich Behörden

Frage: Im Folgenden sehen Sie eine Liste mit gegensätzlichen politischen Forderungen, mit denen die Gesellschaft auf die Alltagsprobleme von Menschen mit Behinderung reagieren könnte. Bitte positionieren Sie sich (auf der Skala von +5 bis -5) zu den einzelnen Aussagen.



Darstellung in Prozent | Basis: Alle Befragten (n=1.001)

<sup>18</sup> Albert, M., K. Hurrelmann, G. Quenzel u. a. (Oktober 2019): Jugend 2019 – 18. Shell Jugendstudie: Eine Generation meldet sich zu Wort.

## Methodenbox

Die Befragten wurden gebeten, zwischen gegensätzlichen politischen Forderungen in den Themenfeldern Behörden, Gesetzgebung, Gesellschaft und persönliche Verantwortung abzuwägen. Dazu mussten sie auf einer 11-Punkte-Skala einen Wert zwischen -5 und +5 auswählen, wobei -5 die volle Zustimmung zu einer Forderung auf der einen Seite, +5 die volle Zustimmung zu der gegensätzlichen Forderung auf

der anderen Seite und 0 Unentschlossenheit zwischen den Forderungen bedeutete. Für die Auswertung wurden jeweils die Werte -5 bis -2 und +2 bis +5 zusammengefasst, um Zustimmung zu einer Aussage darzustellen. Die Werte -1, 0 und +1 wurden zusammengefasst, um Unentschlossenheit zwischen den Aussagenpaaren darzustellen.

### 4.3.2 Politische Forderungen im Bereich Gesetzgebung

Im Bereich Gesetzgebung unterscheiden sich die Einschätzungen der Befragten häufiger. Hier muss unter anderem für verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche abgewogen werden, ob der Staat eingreifen sollte, um Benachteiligungen von Menschen mit Schwerbehinderung auszugleichen, oder ob dieser Eingriff auf Kosten der Allgemeinheit ungerechtfertigt ist. In Bezug auf eine Quotenregelung, laut derer Menschen mit Behinderung ihres Bevölkerungsanteils entsprechend in öffentlichen Gremien repräsentiert sein sollten, sind die Befragten geteilter Meinung. 40 Prozent befürworten solch eine Regelung, 26 Prozent sind jedoch dagegen. Gut jede\*r Dritte ist bei dem Thema unentschlossen (Abbildung 26).

Wenn es um das Ermöglichen von Teilhabe geht, zeichnet sich wiederum ein klareres Meinungsbild ab. 62 Prozent der Befragten fordern, dass der Staat die Kosten für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung tragen sollte. Nur elf Prozent sind der Meinung, dass die Allgemeinheit erst belastet werden sollte, wenn die Betroffenen selbst kein Geld haben.

Ob der Staat verpflichtet ist, Benachteiligungen durch eine Behinderung auszugleichen, indem Menschen mit Behinderung für den zusätzlichen Zeitaufwand, der ihnen aufgrund ihrer Behinderung entsteht (etwa zusätzliche Arztbesuche oder Behördengänge), finanziell entschädigt werden, wird nicht eindeutig beantwortet. Immerhin wünscht sich jede\*r Zweite (49%) eine Bezahlung für den zeitlichen Mehraufwand

aufgrund der Behinderung. 16 Prozent meinen allerdings, dass dies eine ungerechtfertigte Bevorzugung von Menschen mit Behinderung gegenüber Menschen ohne Behinderung wäre. Gut jede\*r Dritte (35%) ist hier unentschlossen.

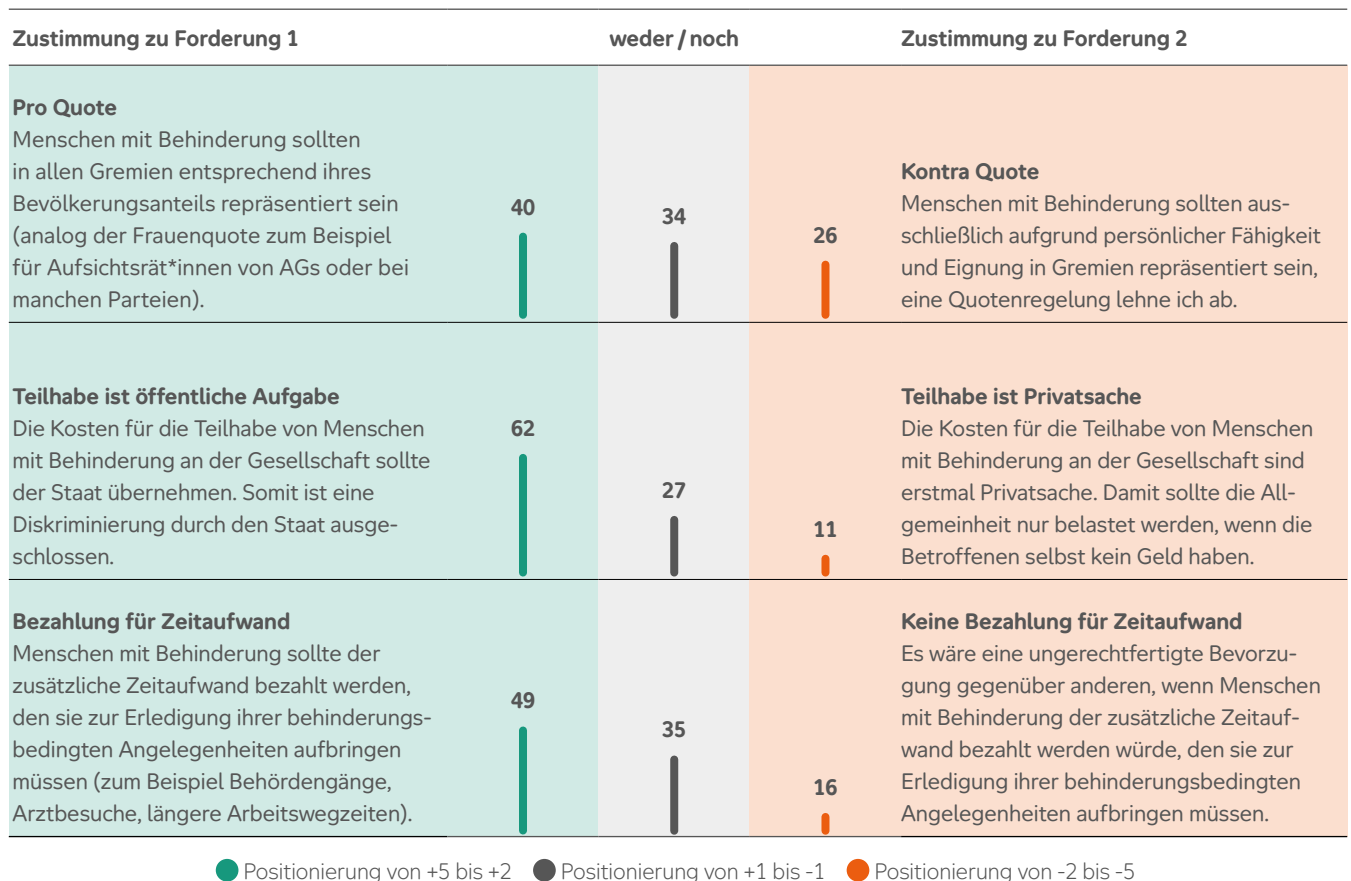
Im Punkt Barrierefreiheit hängen die Forderungen der Befragten von den konkreten Anwendungsbereichen ab (Abbildung 27). 57 Prozent sind der Meinung, dass privatwirtschaftliche Unternehmen zu einer umfassenden Barrierefreiheit verpflichtet werden müssen. Auch in Bezug auf Barrierefreiheit in der Bahn sind sich die Befragten überwiegend einig: 67 Prozent fordern, dass das Bahnreisen so barrierefrei ist, dass Menschen mit Behinderung genauso spontan reisen können wie Menschen ohne Behinderung. Dass Wohnungen nur verkauft oder neu vermietet werden dürfen, wenn sie barrierefrei sind, sodass Menschen mit Behinderung keine Nachteile auf dem Wohnungsmarkt entstehen, fordert allerdings nur jede\*r Dritte (33%). 28 Prozent denken, dass dies eine zu große zusätzliche Belastung des angespannten Wohnungsmarktes wäre.

Die jüngste Befragungsgruppe weicht hier nur insofern ab, dass sie seltener die gleiche Spontaneität beim Bahnreisen einfordert, wie sie Menschen ohne Behinderung haben (56%); die Jüngsten sind dafür aber häufiger für eine Quotenregelung, mit der Menschen mit Behinderung ihres Bevölkerungsanteils entsprechend in Gremien repräsentiert sein müssen (50%).



## Abbildung 26: Politische Forderungen im Bereich Gesetzgebung

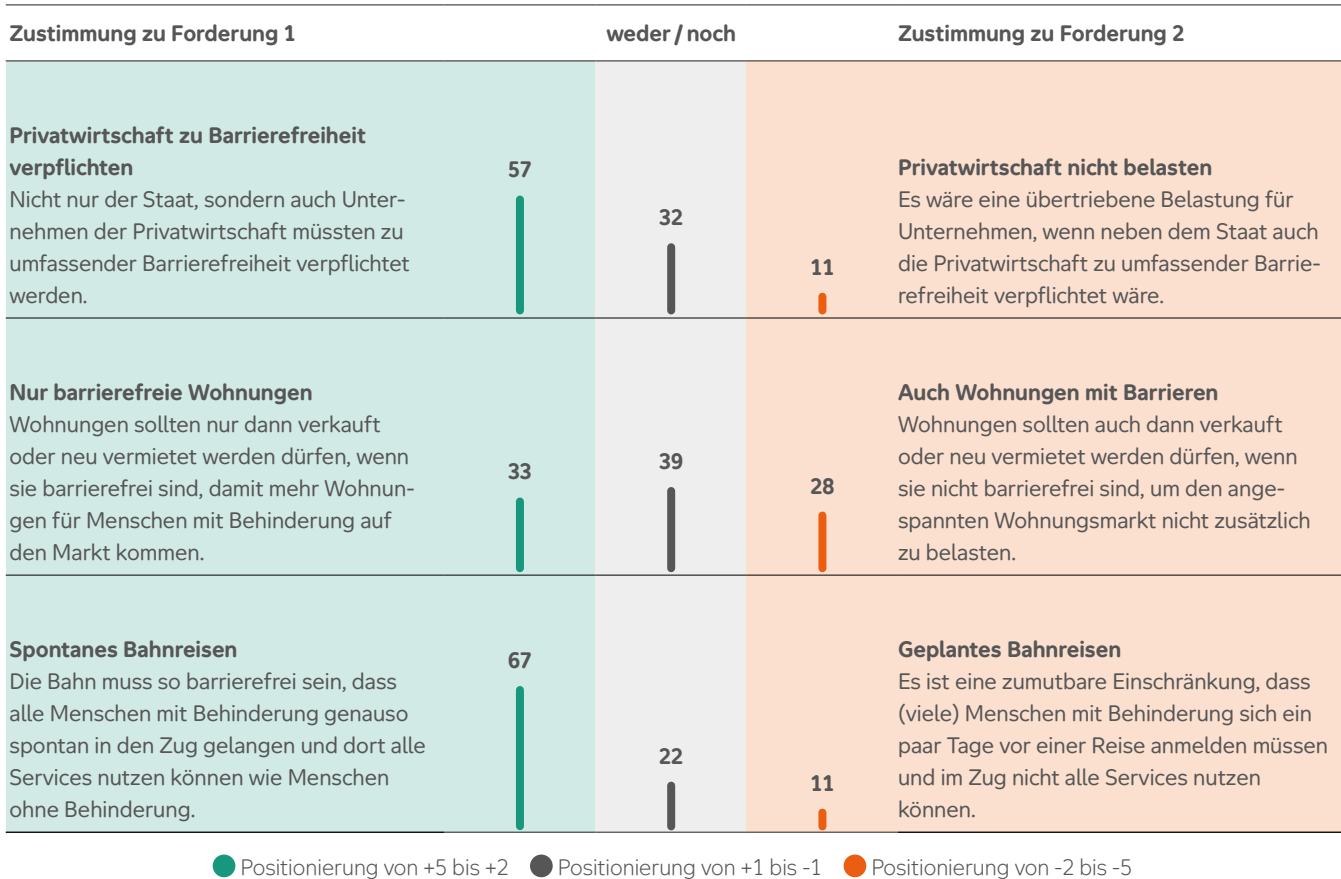
Frage: Im Folgenden sehen Sie eine Liste mit gegensätzlichen politischen Forderungen, mit denen die Gesellschaft auf die Alltagsprobleme von Menschen mit Behinderung reagieren könnte. Bitte positionieren Sie sich (auf der Skala von +5 bis -5) zu den einzelnen Aussagen.



Darstellung in Prozent | Basis: Alle Befragten (n=1.001)

## Abbildung 27: Politische Forderungen zur Barrierefreiheit

Frage: Im Folgenden sehen Sie eine Liste mit gegensätzlichen politischen Forderungen, mit denen die Gesellschaft auf die Alltagsprobleme von Menschen mit Behinderung reagieren könnte. Bitte positionieren Sie sich (auf der Skala von +5 bis -5) zu den einzelnen Aussagen.



Darstellung in Prozent | Basis: Alle Befragten (n=1.001)

### 4.3.3 Politische Forderungen im Bereich Gesellschaft

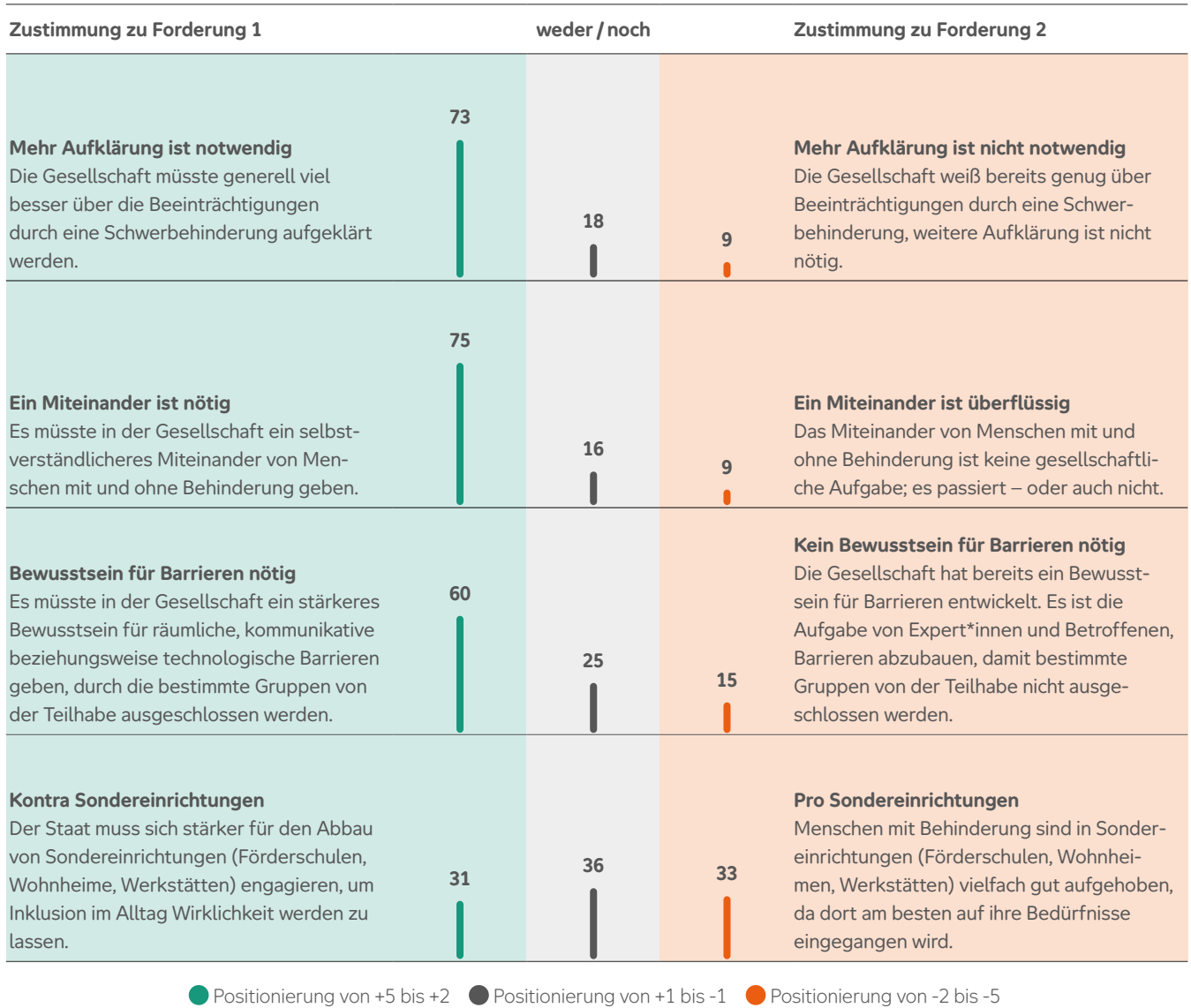
Wie bereits in Kapitel 4.2 deutlich wurde, wünscht sich der Großteil der Befragten ein besseres Verständnis für Behinderungen und die Folgen, die diese mit sich bringen. 73 Prozent denken, dass in unserer Gesellschaft mehr Aufklärung über die Beeinträchtigungen durch eine Schwerbehinderung notwendig ist (Abbildung 28). Dementsprechend fordern auch drei von fünf Befragten (60%), dass Menschen ohne Behinderung ein stärkeres Bewusstsein für die Barrieren entwickeln müssen, durch die Menschen mit Behinderung von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden.

Doch nicht nur Verständnis und Bewusstsein ist den Befragten wichtig. Drei Viertel der Befragten wünschen sich, dass es in der Gesellschaft ein selbstverständlicheres Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung gibt.

Ob Sondereinrichtungen einer inklusiven Gesellschaft eher zu- oder abträglich sind, bewerten die Befragten unterschiedlich. Jede\*r Dritte meint, dass in Sondereinrichtungen am besten auf die Bedürfnisse der einzelnen Menschen eingegangen werden kann. Fast ein weiteres Drittel (31%) wiederum ist der Meinung, dass eine getrennte Behandlung von Menschen mit und ohne Behinderung einer inklusiven Gesellschaft abträglich ist und fordern daher den Abbau von Sondereinrichtungen.

## Abbildung 28: Politische Forderungen im Bereich Gesellschaft

Frage: Im Folgenden sehen Sie eine Liste mit gegensätzlichen politischen Forderungen, mit denen die Gesellschaft auf die Alltagsprobleme von Menschen mit Behinderung reagieren könnte. Bitte positionieren Sie sich (auf der Skala von +5 bis -5) zu den einzelnen Aussagen.



Darstellung in Prozent | Basis: Alle Befragten (n=1.001)

### 4.3.4 Politische Forderungen im Bereich Eigenverantwortung von Betroffenen

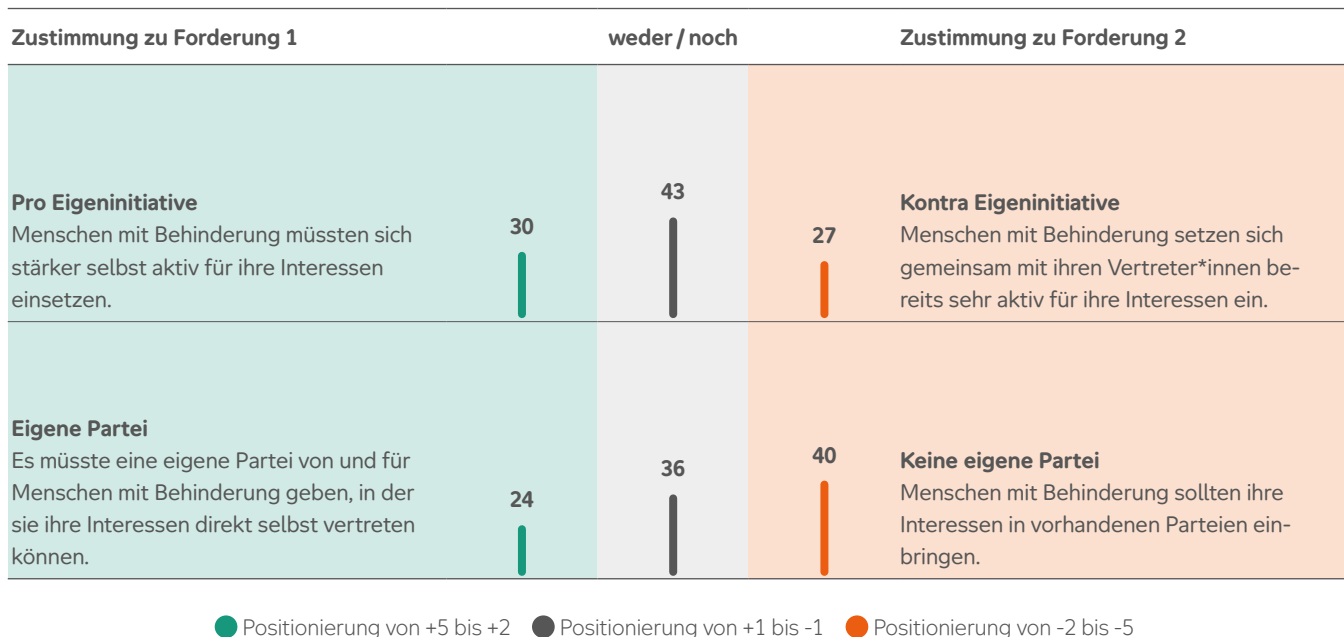
Auch in Bezug auf die Frage, wie viel Eigeninitiative Menschen mit Behinderung selbst zeigen müssen, gehen die Ansichten der Befragten auseinander. 27 Prozent sind der Meinung, dass Menschen mit Behinderung sich gemeinsam mit ihren Vertreter\*innen bereits sehr aktiv für ihre Interessen einsetzen. 30 Prozent hingegen denken, dass Menschen mit Behinderung noch mehr Eigeninitiative in der Vertretung ihrer Interessen zeigen müssten (Abbildung 29).

Das Einbringen in politische Parteien ist eine Möglichkeit, eigene Interessen zu vertreten. Hierbei stellt sich allerdings die Frage, ob es für die politische Vertre-

tung der Interessen von Menschen mit Behinderung eine eigene Partei von und für Menschen mit Behinderung geben sollte oder ob diese Interessen auch von vorhandenen Parteien vertreten werden können. Die Befragten sind sich dabei wieder eher uneinig. Knapp jede\*r Vierte (24%) ist für die Gründung einer Partei von und für Menschen mit Behinderung, 40 Prozent denken allerdings, dass sich Menschen mit Behinderung mit ihren Interessen besser in vorhandenen Parteien einbringen sollten. Mit 36 Prozent ist der Anteil jener, die eher unentschlossen sind, wieder sehr hoch. Interessanterweise sind gerade die Befragten der jüngsten Altersgruppe besonders häufig für die Gründung einer eigenen Partei: Mehr als jede\*r Dritte (35%) spricht sich dafür aus. Auch hier deuten die Ergebnisse erneut auf eine hohe wahrgenommene Selbstwirksamkeit der jüngeren Befragten hin.

**Abbildung 29: Politische Forderungen im Bereich Eigenverantwortung von Betroffenen**

Frage: Im Folgenden sehen Sie eine Liste mit gegensätzlichen politischen Forderungen, mit denen die Gesellschaft auf die Alltagsprobleme von Menschen mit Behinderung reagieren könnte. Bitte positionieren Sie sich (auf der Skala von +5 bis -5) zu den einzelnen Aussagen.



Darstellung in Prozent | Basis: Alle Befragten (n=1.001)

# 5. Fazit und Ausblick

---

**Im Rahmen des** Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung sollen Bürgerinnen und Bürger auf Alltagsherausforderungen von Menschen mit Behinderung aufmerksam gemacht und für das Thema Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe sensibilisiert werden – denn wer selbst nicht von Barrieren im Alltag betroffen ist, kann diese leicht übersehen. In der vorliegenden Studie wurden Menschen mit Behinderung nicht nur genau zu diesen alltäglichen Teilhabe-Problemen befragt, sondern auch zu den aus ihrer Sicht passenden politischen Lösungsansätzen. Die Umfrage hat dabei folgende Erkenntnisse geliefert:

## **Alltagshürden sind in allen Bereichen des Lebens präsent**

Wesentliche Alltagsbarrieren sind nicht auf einzelne Bereiche beschränkt, sondern können sich in jeglichen Situationen und Lebensabschnitten zeigen. Bereits im Kindesalter gibt es in Kita oder Schule unterschiedliche Formen von Barrieren, die Kindern mit Schwerbehinderung eine gleichberechtigte Teilhabe erschweren oder unmöglich machen. Und auch im Erwachsenenleben begegnen Menschen mit Behinderung häufig Herausforderungen, die vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht bewusst sind. Davon sind sowohl der berufliche Alltag, der Kontakt mit Ämtern und Behörden als auch die Freizeitgestaltung betroffen. Entsprechend der persönlichen Erfahrungen ergeben sich einige konkrete politische Forderungen, die bestehende Problematiken und Barrieren im Allgemeinen oder aber gezielt in einzelnen Bereichen adressieren, um die gesellschaftliche Teilhabe-Chancen von Menschen mit Behinderung zu gewährleisten.

## **In Ämtern und Behörden gibt es die meisten Herausforderungen**

„Ämter und Behörden“ werden von den Befragten als der Bereich genannt, der ihnen im Alltag am häufigsten Schwierigkeiten bereitet. Da viele Menschen mit Behinderung auf Unterstützungsleistungen angewiesen sind, sind sie entsprechend gezwungen, sich mit Ämtern und Behörden auseinanderzusetzen. In diesem Kontext wird vor allem ein grundlegendes Problem genannt, dass Informationen zu eigenen

Ansprüchen und Rechten nicht aufzufinden sind sowie die nötige Aufklärung und Unterstützung bei der Bewältigung des bürokratischen Aufwandes fehlen. Basierend auf diesen Erfahrungen sind auch die politischen Forderungen der Befragten eindeutig: Mitarbeiter\*innen müssen Menschen mit Schwerbehinderung sachkundig auf Augenhöhe beraten. Es ist ihre Pflicht, die Situation von Antragsteller\*innen mit Behinderung richtig einordnen zu können, proaktiv Informationen zu Rechten und Ansprüchen bereitzustellen sowie kundenfreundlich bei der Antragstellung zu unterstützen. Doch auch wenn diese Pflicht durch die UN-Behindertenrechtskonvention festgelegt ist, scheint es, am für die Umsetzung notwendigen Bewusstsein sowie an fachlichen und personellen Ressourcen stark zu mangeln.

## **Fehlende Informationen erschweren ein selbstbestimmtes Leben**

Nicht nur bei der Antragstellung mangelt es den Befragten an Informationen über ihre Ansprüche und Rechte. Dieses Problem zieht sich prävalent durch alle Bereiche. Gerade im Umgang mit Ämtern und Behörden sowie im Bereich der medizinischen Versorgung kann dieser Informationsmangel besonders schwerwiegend sein, wenn Menschen mit Behinderung auf bestimmte Leistungen angewiesen sind, sie diese aber aufgrund fehlender Informationen nicht einfordern können. Doch wenn Informationen zur Umsetzung der eigenen Mobilität, der Freizeitgestaltung und der Nutzung von öffentlichen Einrichtungen fehlen, verwehrt dies Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Der deutsche Staat ist mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, angemessene Vorkehrungen zu treffen, dass genau dieser Ausschluss aus der gesellschaftlichen Teilhabe beseitigt wird. Die in dieser Studie von den Befragten geäußerte Unzufriedenheit mit dem Umgang mit Behinderungen, mit der Aufklärung über rechtliche Ansprüche und mit dem Verständnis für Beeinträchtigungen seitens Behörden und Arbeitgeber\*innen zeigt, dass das Konzept der angemessenen Vorkehrungen in der Praxis weder allgemein anerkannt

noch durchgängig angewendet wird. Hierfür fehlt es oftmals sowohl an Bewusstsein als auch an personellen und sachlichen Ressourcen.

### **Es bedarf einer besseren Ausstattung mit Hilfsmitteln**

Um im Beruf, aber auch bereits in früheren Lebensabschnitten wie in Schule, Ausbildung oder Studium die eigenen Stärken einsetzen zu können, wünschen sich die Befragten eine bessere Ausstattung mit technischen und sonstigen Hilfsmitteln. Die Bereitstellung dieser Hilfsmittel abgestimmt auf ihre persönlichen Einschränkungen ermöglicht Menschen mit Behinderung, sich selbstbestimmt beruflich einzubringen und an ihrer (beruflichen) Entwicklung zu arbeiten. Eine bessere Ausstattung wird dementsprechend von vielen als unabdingbar angesehen, um Inklusion im Allgemeinen zukünftig vorantreiben zu können. Auch hier ist wieder darauf hinzuweisen, dass die Pflicht, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, beim deutschen Staat liegt.

### **Barrieren sind auch oft (noch) räumlicher Art**

Obwohl viele Barrieren nicht zwangsläufig sichtbar sind, sondern sich in strukturellen Prozessen oder der Kommunikation zeigen, stellen nach wie vor auch räumliche Barrieren eine große Hürde für viele Menschen mit Behinderung dar. In diversen Bereichen trägt die mangelnde räumliche Barrierefreiheit dazu bei, dass die Selbstbestimmtheit von Menschen mit Behinderung eingeschränkt wird. So wird unter anderem in den Bereichen Beruf, Freizeitgestaltung, Wohnen und Mobilität die mangelnde Barrierefreiheit von den Befragten als große Hürde empfunden. Menschen mit Schwerbehinderung werden dadurch eingeschränkt oder sogar vollständig ausgegrenzt und müssen ihren Alltag an die baulichen Gegebenheiten anpassen. Dabei hat sich Deutschland im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention zum Abbau dieser und anderer Formen von Diskriminierung verpflichtet.

Dementsprechend sehen die Befragten auch hier die Politik in der Verantwortung und fordern nachdrücklich Maßnahmen, die die Barrierefreiheit weiter ausbauen. Privatwirtschaftliche Unternehmen sollten laut der Mehrheit der Befragten zu umfassender Barrierefreiheit verpflichtet werden; ebenso sollte die Mobilität durch barrierefreies Bahnreisen und finanzielle Unterstützung bei notwendiger Ausrüstung verbessert werden.

### **Es wird mehr gesellschaftliches Umdenken gefordert**

Nicht alle Herausforderungen, die Menschen mit Schwerbehinderung in ihrem Alltag erleben, sind auf festgelegte formelle Verfahren und Prozesse oder bauliche Gegebenheiten zurückzuführen und könnten mit entsprechenden politischen Ansätzen adressiert werden. Eine zentrale Erkenntnis der vorliegenden Studie ist, dass Menschen mit Behinderung das fehlende Verständnis ihrer Mitmenschen für die Beeinträchtigungen durch eine Behinderung als eine der größten und präsentesten Alltagsherausforderungen wahrnehmen. In fast allen Bereichen ist dieser Aspekt des menschlichen Miteinanders ein zentraler Punkt für die Befragten. Zudem haben viele Menschen mit Behinderung bereits ausgrenzendes Verhalten erlebt oder andere negative Erfahrungen gemacht. Hingegen wünschen sich die Befragten mehr Unterstützung ihrer Mitmenschen, beispielweise beim Reisen. Außerdem hoffen die Studienteilnehmer\*innen, dass in Zukunft generell mehr Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Menschen mit Behinderung gesetzt wird und es eine gleichwertige Förderung aller Menschen gibt, beispielsweise im Kontext des Bildungs- und Berufslebens.

Von politischer Seite kann diesen Problemen des menschlichen Miteinanders bereits im Kindesalter vorgebeugt werden. Die Befragten sehen in Kitas und Grundschulen hohes Potenzial, um die Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft voranzutreiben: Wenn bereits im Kindesalter Verständnis für Behinderungen vermittelt sowie der Entwicklung von Berührungsängsten und Vorurteilen durch ein gemeinsames Miteinander vorgebeugt wird, ermöglicht das später mehr Verständnis und ein besseres Bewusstsein für Herausforderungen durch Behinderungen in allen Bereichen.

Die Verantwortung für ein inklusives gesellschaftliches Miteinander wird allerdings nicht ausschließlich im Bereich Früherziehung gesehen. Die Verantwortung liegt auch bei jedem/jeder Einzelnen, sich damit auseinanderzusetzen, welche Hürden eine Behinderung mit sich bringt – aber auch, dass es keine Berührungsängste geben muss. Nur wenn ein generelles gesellschaftliches Umdenken erfolgt und jede\*r Einzelne versucht, inklusiv zu handeln, kann gesamtgesellschaftliche Inklusion auch wirklich vorangetrieben und zur Realität werden.

# 6. Anhang

## 6.1 Vergleich der Rangreihenfolge nach Herausforderungen und Handlungsfeldern

Abbildung 30: Sortierung der einzelnen Bereiche nach Herausforderungen und Handlungsfeldern

Frage: In welchen Bereichen des Lebens haben Sie persönlich in den letzten fünf Jahren die größten Schwierigkeiten / Herausforderungen in Bezug auf das Thema Schwerbehinderung erfahren? Bitte bringen Sie die Bereiche in eine Rangfolge.

Frage: In welchen Bereichen des Lebens sollte Ihrer Meinung nach in den nächsten fünf Jahren etwas unternommen werden, um das Thema Inklusion voranzutreiben? Bitte bringen Sie die Bereiche in eine Rangfolge.



Darstellung in Prozent | Die Werte entsprechen den von zehn subtrahierten Mittelwerten der addierten Rangzahlen aller Befragten pro Lebensbereich. Basis: Alle Befragten (n=1.001)

## 6.2 Methodische Einschränkungen der Untersuchung

Die diesem Bericht zugrunde liegende Studie weist methodische Einschränkungen auf. Zum einen betreffen diese Einschränkungen Unterschiede im Stichprobendesign zwischen der vorliegenden Studie und ihrer Vorgängerstudie aus dem Jahr 2014, die die Vergleichbarkeit dieser beiden Studien beeinträchtigt. Zum anderen ist die Erreichbarkeit der Zielgruppe durch die Auswahl des Erhebungsinstruments beeinflusst.

### 6.2.1 Vergleichbarkeit der Befragungswellen

Die Befragung aus 2021 wurde ursprünglich als Vergleichsstudie zu der Befragungswelle aus 2014 geplant. Aus diesem Grund wurden bestehende Fragen des Erhebungsinstruments nahezu unverändert übernommen und wenige weitere Fragen zusätzlich ergänzt. Es wurden lediglich leichte sprachliche Anpassungen vorgenommen, um die Formulierungen auf den heute angemessenen Sprachgebrauch anzugleichen. Diese sprachlichen Anpassungen haben jedoch keine inhaltlichen Auswirkungen, weswegen nicht von einem Effekt auf die Vergleichbarkeit auszugehen ist.

Allerdings gibt es unabhängig vom Erhebungsinstrument stichprobenbedingte Faktoren, die einen Vergleich zwischen den Befragungswellen erschweren. So wurde im Jahr 2014 nicht abgefragt, ob bei den Betroffenen eine amtlich festgestellte Schwerbehinderung vorliegt. Diese Abfrage ist jedoch notwendig, um die Daten basierend auf der amtlichen Statistik zur Verteilung von Menschen mit Schwerbehinderung zu gewichten. Um jedoch eine Gewichtung methodisch korrekt zu ermöglichen und die Stichprobe für mögliche weitere Befragungswellen sauber zu definieren, wurde die Definition der Zielgruppe in der aktuellen Befragungswelle entsprechend angepasst. So wurden nur Betroffene mit einer amtlich festgestellten Schwerbehinderung ab einem Grad von 50 befragt. Leichte Schief lagen in der Stichprobe der Umfrage 2021 wurden anschließend durch eine Gewichtung

basierend auf der der amtlichen Statistiken über in Deutschland lebenden Menschen mit Schwerbehinderung ausgeglichen.

Ein weiterer stichprobenbedingter Faktor, der die Vergleichbarkeit beeinträchtigt, betrifft die Zusammensetzung der Stichproben hinsichtlich der Art der Behinderung. Während zum Beispiel rund 30 Prozent der Befragten mit Behinderung aus der Befragung 2014 von einer psychischen Beeinträchtigung betroffen waren, sind es in der Stichprobe 2021 43 Prozent. Dementsprechend wurden Fragen der aktuellen Umfrage eher aus der Sicht von Personen mit psychischer Beeinträchtigung beantwortet als 2014. Der höhere Anteil in der aktuellen Stichprobe ist Abbild des stark gestiegenen Anteils von psychischen Behinderungen innerhalb der Gruppe der Menschen mit Schwerbehinderung in Deutschland.<sup>19</sup>

Der Bericht konzentriert sich aufgrund dieser Bedenken zur Vergleichbarkeit auf die Ergebnisse aus der Umfrage 2021. Nur an ausgewählten Stellen, wie der des Rankings der Bereiche nach erlebten Herausforderungen in den letzten fünf Jahren, wurde ein Vergleich mit den Ergebnissen aus 2014 aufgegriffen. Beim Erstellen der Mittelwerte des Rankings der Befragung 2014 ist außerdem zu berücksichtigen, dass aufgrund fehlender Informationen zur gewichteten Basis nur Annäherungswerte bestimmt werden konnten. Ferner wurden aus 2014 nur Betroffene selbst berücksichtigt, um auszuschließen, dass die Antworten von Angehörigen die Vergleichbarkeit weiter beeinträchtigen. In den einzelnen Bereichen wurden Veränderungen zu 2014 dann ausgewiesen, wenn sich die Platzierung der einzelnen Nennungen nach der Häufigkeit verändert hat. Veränderungen von mindestens +2 beziehungsweise -2 im Gesamtranking wurden dokumentiert.

---

<sup>19</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2021): Teilhabebericht über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen 2021, Seite 33.



## 6.2.2 Erreichbarkeit der Zielgruppe

Bei jeglichen Arten von Umfragen ist es möglich, dass bestimmte Personengruppen im Vergleich zu ihrem bevölkerungsmäßigen Anteil unter- beziehungsweise überrepräsentiert sind. Bei Befragungen von Menschen mit Schwerbehinderung kann es besonders aufgrund ihrer verschiedenen Einschränkungen schwer sein, Menschen mit unterschiedlichen Arten der Behinderung zu erreichen. Verschiedene Umfragemethoden bieten dabei jeweils Vor- und Nachteile für die einzelnen Gruppen. Bei der hier durchgeführten Umfrage handelt es sich um Online-Interviews. Da das Befragungsinstrument beziehungsweise der Zugang zur Umfrage über die Internet-Plattform nicht barrierefrei ist, wurden Befragte, die auf Barrierefreiheit im Internet angewiesen sind, von der Befragung ausgeschlossen. Zusätzlich konnten Befragte, die beispielsweise aufgrund einer geistigen Behinderung nicht in der Lage sind, selbst eine Umfrage auszufüllen, nicht an dieser Umfrage teilnehmen. Dennoch nutzt der Großteil der Menschen mit Behinderung das Internet<sup>20</sup> und konnte somit prinzipiell mit der hier gewählten Befragungsmethode erreicht werden. Eine demografische Betrachtung der Befragten nach Art der Behinderung zeigt, dass auch Menschen mit kognitiver oder geistiger Behinderung ausreichend vertreten sind (8,8% der Gesamtstichprobe), obwohl besonders diese Gruppe seltener das Internet nutzt als Menschen mit anderen Arten der Behinderung.

---

<sup>20</sup> Bosse, I. und U. Hasebrink (2016). Mediennutzung von Menschen mit Behinderungen. Veröffentlicht von: die Medienanstalt und Aktion Mensch e.V.

# 7. Literaturverzeichnis

---

**Aktion Mensch e.V. (ohne Datum):** 10 Gründe Menschen mit Behinderung zu beschäftigen – Ein Leitfaden für Unternehmer. Online verfügbar unter <https://www.aktion-mensch.de/dam/jcr:ab10b970-4aaa-45bd-af09-d7f2e71b71a8/aktion-mensch-10-gruende.pdf> (letzter Abruf 23.04.2021).

**Albert, M., K. Hurrelmann, G. Quenzel u. a. (Oktober 2019):** Jugend 2019 – 18. Shell Jugendstudie: Eine Generation meldet sich zu Wort. Online verfügbar unter [https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/\\_jcr\\_content/par/toptasks.stream/1570810209742/9ff5b72cc4a915b9a6e7a7a7b6fdc653cebd4576/shell-youth-study-2019-flyer-de.pdf](https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/_jcr_content/par/toptasks.stream/1570810209742/9ff5b72cc4a915b9a6e7a7a7b6fdc653cebd4576/shell-youth-study-2019-flyer-de.pdf) (letzter Abruf 23.04.2021).

**Bosse, I. und U. Hasebrink (2016):** Mediennutzung von Menschen mit Behinderungen. Veröffentlicht von: die Medienanstalt und Aktion Mensch e. V. Online verfügbar unter <https://www.aktion-mensch.de/dam/jcr:8b-186ca0-b0f1-46f8-acb1-a59f295b5bb4/aktion-mensch-studie-mediennutzung-langfassung-2017-03.pdf> (letzter Abruf: 23.04.2021).

**Bundesministerium für Arbeit und Soziales (März 2021):** Teilhabebericht über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen 2021. Online verfügbar unter <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/278/1927890.pdf> (letzter Abruf: 23.04.2021).

**Bündnis 90/Die Grünen (Mai 2019):** Grüne Politik für die Teilhabe aller Menschen. Online verfügbar unter [https://www.corinna-rueffer.de/wp-content/uploads/2019/05/Ergebnis\\_Umfrage\\_Behoerden.pdf](https://www.corinna-rueffer.de/wp-content/uploads/2019/05/Ergebnis_Umfrage_Behoerden.pdf) (letzter Abruf: 23.04.2021).

**Deutsches Institut für Menschenrechte (ohne Datum):** Diskriminierungsschutz. Online verfügbar unter <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/rechte-von-menschen-mit-behinderungen/diskriminierungsschutz> (letzter Abruf: 23.04.2021).

**Deutsches Institut für Menschenrechte (2020):** Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung. Allgemeine Bemerkung Nr. 6 des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Online verfügbar unter [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Information/Information\\_Gleichberechtigung\\_und\\_Nichtdiskriminierung.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Information/Information_Gleichberechtigung_und_Nichtdiskriminierung.pdf) (letzter Abruf: 23.04.2021).

**Hohmann, E., E. Huber und R. Purmann (November 2015):** Versorgungsverbund für Erwachsene mit geistiger Behinderung und schweren Mehrfachbehinderungen in Berlin. Veröffentlicht von: Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. Online verfügbar unter [https://www.paritaet-berlin.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Aktuelles/2015/2015\\_12\\_16\\_Versorgungsverbund\\_Zsfassg.pdf](https://www.paritaet-berlin.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Aktuelles/2015/2015_12_16_Versorgungsverbund_Zsfassg.pdf) (letzter Abruf: 23.04.2021).

**Möller-Slawinski, H. und F. Jurczok (März 2021):** Situation von Frauen mit Schwerbehinderung am Arbeitsmarkt. Studie veröffentlicht von: Aktion Mensch e.V. Online verfügbar unter [https://www.aktion-mensch.de/dam/sc9/arbeit/frauenstudie/AM\\_Studie-Frauen-Arbeit\\_210304\\_barrierefrei.pdf](https://www.aktion-mensch.de/dam/sc9/arbeit/frauenstudie/AM_Studie-Frauen-Arbeit_210304_barrierefrei.pdf) (letzter Abruf: 23.04.2021).

**Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021):** Schwerbehinderte Menschen in Deutschland am 31.12.2019 nach Ländern, Altersgruppen und Grad der Behinderung.

**Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021):** Schwerbehinderte Menschen in Deutschland nach Geschlecht und Altersgruppen. Online verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Behinderte-Menschen/Tabellen/schwerbehinderte-alter-geschlecht-quote.html> (letzter Abruf: 23.04.2021).

**UN-Behindertenrechtskonvention (ohne Datum):** Barrierefreiheit. Online verfügbar unter <https://www.behindertenrechtskonvention.info/barrierefreiheit-3881> (letzter Abruf: 23.04.2021).

**UN-Behindertenrechtskonvention (ohne Datum):** Gesundheitspflege. Online verfügbar unter <https://www.behindertenrechtskonvention.info/gesundheitspflege-3910> (letzter Abruf: 23.04.2021).

# Impressum

---

**Auftraggeberin:**

Aktion Mensch e.V.  
Verantwortlich: Christina Marx  
Redaktion: Stefan Sandner, Lea Thönnies  
[www.aktion-mensch.de](http://www.aktion-mensch.de)

---

**Durchführendes Institut:**

Ipsos Public Affairs  
Kolonnenstraße 26  
10829 Berlin

Verfasser\*innen: Carolin Bolz, Lea Van Nek  
Redaktionelle Leitung: Dr. Robert Grimm

---

**Lektorat:**

Daniela Kumor-Böhning

---

**Layout und Satz:**

Nicole Schmitz  
[www.subgrafix.de](http://www.subgrafix.de)

---

**© Copyright:**

Aktion Mensch e.V., Bonn, und Ipsos Public Affairs, Berlin 2021





Mehr Informationen  
erhalten Sie unter  
[aktion-mensch.de](https://aktion-mensch.de)



Stand April 2021

**Aktion Mensch e.V.**  
Heinemannstr. 36  
53175 Bonn  
Telefon: 0228 2092-0  
[info@aktion-mensch.de](mailto:info@aktion-mensch.de)